

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1972**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

**NOVEMBER**

DEZEMBER



## INHALT

---

### Realsteuervergleich 1971

- 255 Die Kluft zwischen der Steuereinnahmekraft je Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden und der kreisfreien Städte hat sich 1971 verringert, woraus auf einen ganz allmählichen Abbau der Steuereinnahmekraft-Unterschiede im Lande geschlossen werden kann.
- 

### Bevölkerungsentwicklung 1971

- 260 Aufgabe der Wanderungsstatistik und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist es, Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung zu beobachten und die Einwohnerzahl am Ende des Berichtszeitraums festzustellen.
- 

### Volkshochschulen 1971

- 264 Mit zunehmenden Anforderungen an die Erwachsenenbildung gewinnt die Tätigkeit der Volkshochschulen an Bedeutung. Dem Wunsch nach echter Bildungsarbeit versucht sie durch quantitative Ausweitung der Formen intensiver Wissensvermittlung gerecht zu werden.
- 

### Viehhaltung 1971

- 268 Der allgemeine Rückgang in der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die im Zuge der Extensivierung und Spezialisierung der Betriebe erfolgte Abschaffung des Viehs, der vermehrte Bedarf an Nahrungsmitteln tierischer Herkunft und schließlich der aus betriebswirtschaftlichen Gründen gebotene Zwang zu größeren Beständen führten in den vergangenen Jahren zu tiefgreifenden Veränderungen in der Viehhaltung.
- 

### Produktionswerte und Vorleistungen 1960 - 1969

- 271 Im Rahmen des Ausbaus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können jetzt erstmals auch die beiden wichtigsten Rechengrößen des Bruttoinlandsprodukts, Bruttoproduktionswert und Vorleistungen, dargestellt werden.
- 

### Anhang

- 81\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
87\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



### **Bevölkerungszuwachs 1971 vom Wanderungsgewinn getragen**

Der Bevölkerungszuwachs des Landes Rheinland-Pfalz, der im Jahre 1971 insgesamt 19 600 Personen betrug, hat sich im Vergleich zu den Vorjahren verlangsamt. Er liegt unter dem Bundesdurchschnitt und wird fast nur noch vom Zuzugsüberschuß getragen. Während die Wanderungsbewegung einen Überschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen von 17 500 brachte, der zwar um 3 300 unter dem des Jahres 1970 liegt, jedoch den zweithöchsten Wert seit 1957 darstellt, leistete das natürliche Wachstum mit einem Geborenenüberschuß von 2 048 nur einen geringen Beitrag zur Bevölkerungszunahme.

Der relativ hohe Wanderungsgewinn errechnet sich aus 127 000 Zuzügen nach Rheinland-Pfalz und 109 400 Fortzügen. Er wurde ausschließlich im Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland erzielt. Die Bilanz der Umzüge von und nach anderen Bundesländern führte zu einem Verlust von 407 Personen.

Die Zahl der Lebendgeborenen sank infolge der ungünstiger gewordenen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung, insbesondere jedoch wegen der Abnahme der altersspezifischen Fruchtbarkeit der Frauen, auf 46 000, den niedrigsten Stand seit 1947. Zugenommen hat dagegen - längerfristig betrachtet - die Lebenserwartung der Männer und Frauen. Die Säuglingssterbeziffer lag im Berichtsjahr erstmals seit 1955 unter der des Bundesdurchschnitts. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 260.

### **Fast jeder dritte Grundschüler wechselt ins Gymnasium**

Im Jahre 1972 wurden 65 098 schulpflichtige Kinder gemeldet, von denen 62 212 zur Einschulung kamen. Das sind jeweils 5% weniger als 1971. Die Einschulquote, das ist der Anteil der Einschulenden an den Schulpflichtigen, lag mit 95,6% um 0,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Ferner zeigt sich, daß der Anteil der Zurückstellungen und Befreiungen von der Schulpflicht bei Mädchen weiterhin geringer ist als bei Jungen: 1972 kamen auf 100 schulpflichtige Jungen 94, auf 100 eingeschulte Jungen jedoch 95 Mädchen.

11 020 Schüler (+ 43%) wechselten zum Beginn des Schuljahres 1972/73 von der Grundschule zur Realschule und 19 089 (+ 39,1) zum Gymnasium über. Bezogen auf die als Ausgangsbasis anzusehende Anzahl der Schüler der vierten Klasse des Vorjahres ergeben sich für 1972 folgende Übergangsquoten: Insgesamt 45,7% (1971: 44,7), zur Realschule 16,7% (16,1) und zum Gymnasium 29,0% (28,6). Eine Differenzierung der Übergänge nach dem Geschlecht zeigt offensichtlich die Tendenz, daß Mädchen vorzugsweise zur Realschule überwechseln. In der vierten Klasse kamen auf 100 Jungen 98 (1971: 95) Mädchen, beim Übergang zur Realschule 118 (116) und zum Gymnasium 93 (88). se

### **33,4% der Abiturienten streben den Lehrerberuf an**

5 875 Schüler standen 1972 vor dem Abitur, davon legten 5 623 die Reifeprüfung ab. 4,1% der Schüler bestanden das Abitur nicht. Ähnlich wie im Vorjahr lag die Durchfallquote der „Mainzer Studienstufe“ mit 2,2% erheblich unter dem Landesschnitt. Eine Differenzierung der Reifeprüfungs-

ergebnisse nach Schultypen weist mit Durchfallquoten von 5,4 bis 1,4% auf eine Minderung der Bandbreite gegenüber dem Vorjahr hin. 1971 hatten diese Quoten noch zwischen 6,6 und 0,6% gelegen.

Die Altersstruktur der Abiturienten deutet gegenüber 1971 auf eine geringe Verjüngungstendenz hin.

33,4% der Abiturienten streben den Lehrerberuf, weitere 50,7% einen sonstigen akademischen und 7,4% einen nicht-akademischen Beruf an. 8,5% waren sich hinsichtlich der Berufsabsicht unschlüssig. se

### **Größeres Bildungsangebot der Volkshochschulen**

Nach der Angleichung ihres Organisationsnetzes an die kommunale Neugliederung des Landes verfügen die Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz über 552 Bildungsstätten, und zwar 2 Heimvolkshochschulen, 60 Volkshochschulen sowie 28 Kreisvolkshochschulen mit 464 angeschlossenen Volksbildungswerken. Der Umfang der Tätigkeit im Berichtsjahr 1971 - es wurden etwa 13 900 Veranstaltungen durchgeführt, an welchen rund 569 000 Personen teilnahmen - hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert, allerdings setzte sich die seit Jahren zu beobachtende Entwicklung einer quantitativen Ausweitung der intensiven Wissensvermittlung in Form von Kursen und Arbeitsgemeinschaften deutlich fort. Starke Beachtung fanden wieder die Themenkreise Literatur, Bildende Kunst, Kunstgeschichte und Musik. Auch an den Stoffgebieten Gesellschaft und Politik bestand ein bemerkenswertes Interesse. Größere Hörerzahlen wurden außerdem nachgewiesen bei den Wissensgebieten Gesundheits- und Körperpflege, Erziehung, Philosophie, Psychologie sowie bei den Sprachkursen. Die stetige Vermehrung von Studienreisen und Studienfahrten läßt erkennen, daß auch diese Veranstaltungen als wichtige erwachsenenbildnerische Mittel gewertet werden. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 264.

### **Vorleistungen machen drei Fünftel des Produktionswertes aus**

In dem von der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im Jahre 1969 erbrachten Bruttoproduktionswert von 82,6 Mrd. DM sind Vorleistungen von 49,5 Mrd. DM enthalten. Das als Differenz ermittelte Bruttoinlandsprodukt stellt sich folglich auf 33,2 Mrd. DM. Die gesamtwirtschaftliche Vorleistungsquote, das ist der Anteil der Vorleistungen am Produktionswert, belief sich auf 59,9% und blieb im vergangenen Jahrzehnt relativ konstant.

Relativ niedrig war die Vorleistungsquote in der Land- und Forstwirtschaft (39%), während im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt 56,4% des Bruttoproduktionswertes auf Vorleistungen entfielen. Hier rangierten mit Quoten von jeweils mehr als zwei Dritteln das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie die Eisen- und NE-Metallerzeugung und -verarbeitung erwartungsgemäß an der Spitze. Während im Baugewerbe die Quote nur 41,9% betrug. Im Sektor Dienstleistungen sind die Vorleistungsquoten deutlich niedriger als in den produzierenden Bereichen. Eine Ausnahme bildet hier natürlich der Handel, der mit rund vier Fünfteln die unter allen Wirtschaftsbereichen höchste Quote aufweist. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 271.



### **Starke Konzentration in der Viehhaltung 1971**

Mit tierischer Veredlungsproduktion befaßten sich im Jahre 1971 knapp 76 000 oder zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe des Landes. Darunter waren 55 600 mit Rindvieh, 55 500 mit Schweinen und 55 300 mit Legehennen. Ein Vergleich mit den Verhältnissen von 1960 macht die in den vergangenen Jahren in diesem Bereich erfolgte Konzentration sichtbar. So hat in den Größenklassen ab 2 ha die Zahl der Milchkuhbetriebe um die Hälfte, die der Tiere jedoch nur um 19% abgenommen. Im Zuge dieser Veränderungen sind die Bestände mit weniger als 5 Tieren um zwei Drittel reduziert worden, die mit 5 bis 10 Tieren um knapp ein Fünftel. Die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 Kühen, die 30% aller Kühe besaßen, hat sich seit 1960 um das Siebenfache erhöht. Die Schweinehaltungsbetriebe sind ebenfalls um die Hälfte vermindert worden, sie haben heute jedoch ein Drittel mehr Tiere in ihren Ställen. Haltungen mit über 20 Tieren gab es 1971 achtmal so viel wie vor elf Jahren. Betriebe mit 10 bis 20 Schweinen sind um ein Drittel mehr gezählt worden. Um die Hälfte und mehr zurückgegangen sind dagegen die Betriebe mit weniger als 10 Tieren. Bei den Legehennen ist bei einer starken Einschränkung der Klein- und Kleinstbestände die Zahl der Betriebe mit 100 und mehr Tieren von 1 100 auf 2 100 angewachsen. Über mehr als 500 Tiere verfügten 1960 nur 100 Betriebe, 1971 jedoch gut 570. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 268.

### **Getreideanbau erneut ausgeweitet**

Nach den endgültigen Ergebnissen der Bodennutzungserhebung umfaßte die gesamte Wirtschaftsfläche von Rheinland-Pfalz im Jahre 1972 insgesamt 1 983 900 ha. Davon werden 83% land- und forstwirtschaftlich genutzt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 10 200 ha auf 899 800 ha, Forsten und Holzungen nahmen um 1 000 ha auf 751 800 ha zu. Eine deutliche Ausweitung wurde wiederum bei der nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche beobachtet, die um 14,5% anstieg und 56 400 ha erreichte.

Das genutzte Ackerland, welches schon seit vielen Jahren eine rückläufige Entwicklung aufzuweisen hat, wurde um 6 800 ha oder 1,3% reduziert und nimmt 532 700 ha in Anspruch. Die bestockte Rebfläche verzeichnete erneut eine Erweiterung, und zwar um 1 500 ha und umfaßt insgesamt 60 100 ha; seit dem Jahre 1950 erfuhr sie eine Zunahme um insgesamt 22 500 ha.

Beim Getreideanbau wurde im Berichtsjahr eine Ausweitung um 0,9% auf 381 000 ha ermittelt. Der Anteil des Getreides am genutzten Ackerland hat sich damit von 1950 bis 1972 von 53% auf 72% erhöht. Unter den einzelnen Getreidearten konnte für Sommer- und Wintergerste eine Ausdehnung der Anbaufläche festgestellt werden, während vor allem Winterweizen und Winterroggen Anbaueinschränkungen aufwiesen.

Bei den Hackfrüchten wurden 96 100 ha ermittelt, gegenüber 101 300 ha vor Jahresfrist. Die Anbaufläche bei Kartoffeln betrug 43 800 ha (— 7,5%) und bei Runkelrüben 26 800 ha (— 5,2%). Die Fläche der Zuckerrüben, die sich seit 1950 nahezu verdoppelt hat, wurde erneut ausgedehnt, und zwar um 1,7% und beansprucht jetzt 22 000 ha. Unter

den Futterpflanzen ergaben sich Flächenreduzierungen vor allem bei Ackerwiesen sowie Klee und Klee gras. Der an Bedeutung gewinnende Grünmais nahm um 1 800 ha auf 7 300 ha zu. wr

### **10% mehr Baulandverkäufe**

Im ersten Halbjahr 1972 setzte sich die Zunahme der Baulandverkäufe weiter fort. Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten 7 890 Baugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 10,5 Mill. qm veräußert. Das bedeutet gegenüber dem vorhergegangenen Halbjahr eine Steigerung der Kauffälle um 10% und der umgesetzten Fläche um 27%. Mit dem Flächenumsatz stiegen auch die Grundstückspreise weiter an. Für einen Quadratmeter baureifes Land zahlte man im ersten Halbjahr 1972 im Landesdurchschnitt 27,27 DM, 20% mehr als im zweiten Halbjahr 1971 und für einen Quadratmeter Rohbauland 26,31 DM (+ 32%). Die insgesamt veräußerte Fläche wechselte für eine Kaufsumme von 233 Mill. DM die Besitzer. Dieser Wert lag um 45% über dem des vorhergegangenen Halbjahres und überstieg den Umsatz im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um 18%.

Schwerpunkte der Baulandumsätze ergaben sich - wie schon in den vergangenen Jahren - in Wohngebieten mit offener Bauweise und in Dorfgebieten; 95% der Kauffälle und 79% des Flächenumsatzes wurden in diesen beiden Gebietsarten registriert. Bedingt durch die Struktur des Landes entfiel abermals ein erheblicher Anteil der Verkäufe auf Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Diese Orte vereinigten 41% der Kauffälle mit einem Flächenanteil von 32% auf sich. Erwartungsgemäß war auch in dieser Größenklasse der Preis je qm baureifen Landes mit 12,57 DM am niedrigsten; bereits in der nächsthöheren Klasse (2 000 bis 5 000 Einwohner) stieg er auf 19,93 DM an. In Großstädten lag er sogar bei 88,23 DM. hw

### **Höhere Verdienste im Handwerk**

Um 5,3% erhöhten sich von November 1971 bis Mai 1972 die Bruttostundenverdienste im Handwerk, die Bruttowochenverdienste - infolge geringfügig verkürzter Wochenarbeitszeit - um 4,4%. Im Monat Mai 1971 hatten die Zuwachsraten für den gleichen Zeitraum 7,1 bzw. 6,0% betragen. Die höchsten Steigerungen erreichte im Halbjahr 1971/72 die Gruppe der übrigen Arbeiter mit + 6,6%, gefolgt von Jungesellen (+ 5,8%) und Vollgesellen (+ 4,7%).

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst lag im Mai 1972 für Vollgesellen bei 7,31 DM, für Jungesellen bei 5,68 DM und für die übrigen Arbeiter bei 5,97 DM. Mit 8,51 DM wurde der höchste Stundenverdienst überhaupt bei den Vollgesellen im Handwerkszweig Klempnerei-, Gas- und Wasserinstallation ermittelt. Jungesellen und übrige Arbeiter verdienten im Malerhandwerk am meisten (6,66 bzw. 6,69 DM). Die niedrigsten Verdienste - Herrenschneiderei wegen zu schwacher Repräsentation ausgenommen - erzielten Vollgesellen (6,62 DM) und übrige Arbeiter (5,28 DM) im Bäckerhandwerk, Jungesellen in den Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten (5,33 DM). Außergewöhnlich stark erhöhten sich die Bruttostundenlöhne der übrigen Arbeiter innerhalb der sechs Monate im Tischlerhandwerk (+ 11,0%) und bei den Elektroinstallateuren (+ 9,6%). Geringe Lohnrückstände ergaben



## Realsteuervergleich 1971

Die Ableitung der gemeindlichen Steuerkraft aus der Realsteuerkraft war bis zum Inkrafttreten des Gemeindefinanzreformgesetzes am 1. Januar 1970 gerechtfertigt durch den starken Anteil der Realsteuern an den kommunalen Steuereinnahmen. Im Jahre 1969 hatten die Einnahmen aus Realsteuern an den gesamten kommunalen Steuereinnahmen noch einen Anteil von über neun Zehnteln. Im Untersuchungszeitraum hat sich dieser Anteil auf etwas mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen reduziert. Durch Einbeziehung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in den Realsteuervergleich wird wieder eine Vergleichsebene erreicht, die als repräsentativ für die steuerliche Einnahmesituation der Gemeinden gelten kann, denn mit der Steuereinnahmekraft werden wieder mehr als neun Zehntel aller Steuereinnahmen erfaßt. Damit läßt sich die steuerliche Leistungsfähigkeit darstellen und gleichzeitig die Frage beantworten, inwieweit eine Gemeinde die ihr gestellten Aufgaben aus eigener Kraft, also aus eigenen Steuereinnahmen erfüllen kann.

Mit dem Ziel, die steuerliche Leistungsfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften zu beurteilen und zu vergleichen erscheint es sinnvoll, die Grundelemente der Realsteueraufbringungskraft in groben Zügen zu untersuchen, um über sie zur Steuereinnahmekraft und damit zum wichtigsten Beurteilungs- und Vergleichsinstrument zu gelangen.

Die Grundelemente der Realsteueraufbringungskraft sind zunächst das Istaufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die jeweils angewendeten Hebesätze, durch die man das Istaufkommen dividiert, um die Grundbeträge zu errechnen, sowie die Grundbeträge der Grundsteuern A und B, für die man die Meßbeträge, die auch der Berechnung der Steuerkraft für den Finanzausgleich zugrundegelegt werden, verwendet. Aus der Division des Realsteuer-istaufkommens des Landes durch die Summe aller Grundbeträge errechnet sich der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz, mit dem die Realsteueraufbringungskraft des zu untersuchenden Gebiets errechnet wird, indem man ihn mit dem Grundbetrag bzw. mit der Summe der Grundbeträge der jeweils betrachteten Gebietskörperschaft multipliziert. Auf diese Weise errechnet sich ein fiktives Istaufkommen der Realsteuern — und nichts anderes ist die Realsteueraufbringungskraft —, das aussagt, wie hoch das Aufkommen der Realsteuern gewesen wäre, wenn der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz auf die entsprechenden Grundbeträge angewendet worden wäre.

### Realsteuer-Istaufkommen

Das Istaufkommen der Realsteuern in Rheinland-Pfalz hat sich im Rechnungsjahr 1971 gegenüber dem Vorjahr um 15,50% auf insgesamt 872 Mill. DM

erhöht. Vermindert um die Gewerbesteuerumlage und vermehrt um den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergeben sich für die kommunalen Gebietskörperschaften Steuereinnahmen in Höhe von 1 129 Mill. DM; das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von + 22,70%.

Die höchsten Realsteuer-Istaufkommen entstanden im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, hier besonders in den Städten Ludwigshafen (135 Mill. DM) und Mainz (70 Mill. DM) sowie im Landkreis Mainz-Bingen (40 Mill. DM). An die vierte Stelle rückte die Stadt Koblenz, die mit 39 Mill. DM das höchste Aufkommen ihres Regierungsbezirks aufwies, gefolgt von den Landkreisen Mayen-Koblenz (38 Mill. DM), Neuwied (35 Mill. DM) und Bad Kreuznach (31 Mill. DM). Erst hiernach, an achter Stelle, folgt die kreisfreie Stadt Trier als die Gebietskörperschaft mit dem höchsten Realsteuer-Istaufkommen ihres Regierungsbezirks. Das höchste Pro-Kopf-Aufkommen der Realsteuern verzeichnet wieder die Stadt Ludwigshafen (768 DM). Mainz (394 DM) und Koblenz (328 DM) werden dann allerdings von den Städten Idar-Oberstein (418 DM), Bingen (508 DM), Andernach (408 DM) und Bad Kreuznach (362 DM) auf den sechsten und siebten Platz verwiesen.

Bei Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verschiebt sich die Rangliste der Steuereinnahmen je Einwohner. Es rücken hier besonders die Quoten derjenigen Gebietskörperschaften auf, die neben einem hohen Realsteueraufkommen einen hohen Anteil von Lohn- und Einkommensempfängern an der Wohnbevölkerung haben und damit stärker am Einkommensteuer-Aufkommen im Lande beteiligt werden. Dabei kommt die Stadt Mainz (422 DM) nach Ludwigshafen (722 DM) und Bingen (459 DM) auf den dritten Platz, gefolgt von Idar-Oberstein (411 DM), Andernach (405 DM), Bad Kreuznach (398 DM) und Koblenz (398 DM). Stellt man die Pro-Kopf-Beträge des Aufkommens aus Realsteuern (netto) und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der drei Regierungsbezirke nebeneinander, wird der Unterschied etwas gemildert, bleibt aber dennoch deutlich sichtbar. Beim Vergleich der verschiedenen Größenklassen stellt man einen engen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wohnbevölkerung und dem Realsteuer-istaufkommen je Einwohner fest. Die höchsten Pro-Kopf-Beträge sind in den Großstädten (439 DM) zu finden, gefolgt von den kreisangehörigen Gemein-



den mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern (365 DM) und 50 000 bis 100 000 Einwohnern (320 DM). Die Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern schneiden mit Abstand am ungünstigsten ab; ihre durchschnittliche Zuwachsrate (+ 18,5%) liegt jedoch höher als bei den kreisfreien Städten (+ 14,3%) und den kreisangehörigen Gemeinden über 5 000 Einwohnern.

### Streuung der Hebesätze

Die Gemeinden haben das Recht, die Hebesätze der Realsteuern im Rahmen der Gesetze selbst festzulegen. Die Grenzen, bis zu denen die Hebesätze ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung beschlossen werden dürfen, bestimmt das Landesgesetz; außerdem ist festgelegt, in welchem Verhältnis die Hebesätze zueinander stehen müssen. Von den 2 516 Gemeinden, die Ende 1971 in Rheinland-Pfalz bestanden, erhoben fast alle die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.

Die Hebesätze der Grundsteuer A liegen dabei in über 50% aller Fälle zwischen 191% und 200% (Normalsatz 1971: 200%), hierunter sind auch acht der insgesamt zwölf kreisfreien Städte. Fast alle übrigen Gemeinden haben sich für Hebesätze entschieden, die zwischen 201% und 300% liegen. Nur 7,9% aller Gemeinden wendeten Hebesätze an, die nicht in den obengenannten Hebesatzkategorien zwischen 191% und 300% liegen. In den Verwaltungsbezirken sind unterschiedliche Schwerpunkte festzustellen. Im Regierungsbezirk Koblenz haben über die Hälfte der Gemeinden die Grundsteuer A mit einem Satz zwischen 191% und 200% erhoben; im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz waren es mehr als vier Fünftel. Fast die Hälfte aller Gemeinden im Regierungsbezirk Trier hat die höheren Hebesätze zwischen 276% und 300% in Anspruch genommen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Streuung der Hebesätze, insbesondere die Konzentration auf die erwähnten bevorzugten Hebesatzgruppen nur geringfügig geändert.

Bei der Grundsteuer B zeigt sich ein ähnliches Streuungsbild wie bei der Grundsteuer A, nur daß hier bei ähnlicher Struktur die gesamte Häufigkeitsverteilung um eine Hebesatzgruppe nach oben versetzt ist, denn bei fast 60% aller Gemeinden finden Hebesätze zwischen 201% und 225% Anwendung. Genehmigungspflichtig waren 1971 Hebesätze der Grundsteuer B, die im Falle der Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern 220% und bei Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 250% überschritten. Ein Drittel der Gemeinden erhebt die Grundsteuer B mit Sätzen zwischen 226% und 300%, nur restliche 8% wenden höhere Hebesätze an. In der erstgenannten Hebesatzgruppe liegen die Hebesätze hauptsächlich von Gemeinden des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz (über neun Zehntel seiner Gemeinden) und von Gemeinden des Regierungsbezirks Koblenz (über 60% seiner Gemeinden). Nur 21% der Gemeinden des Regierungsbezirks Trier erheben mit den gleichen Sätzen, während 44% seiner Gemeinden zugleich einen Schwerpunkt bei den höheren Hebesätzen zwischen 276% und 300% bildete.

Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ist 1971 in vier Fünfteln aller Gemeinden in Rheinland-Pfalz (2 028 Gemeinden) mit Hebesätzen zwischen 276% und 300% erhoben worden (Normalsatz 1971: 300%). Im Jahr vorher war die Konzentration auf diese Hebesatzgruppe mit 2 008 der durch Zusammenschluß verminderten Gesamtzahl der Gemeinden fast ebenso stark.

Die Gesamtverteilung der Häufigkeit angewandter Hebesätze hat sich kaum verändert. Geringfügige Strukturverschiebungen führten jedoch eher zu stärkerer als zu schwächerer Anspannung der Hebesätze. Das gilt gerade für Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Die gewogenen Durchschnittshebesätze des Landes, die zwar nicht notwendigerweise, aber doch annähernd, eine Aussage über jährliche Abweichungen der im Beobachtungszeitraum angewendeten Hebesätze zulassen, zeigen bei der Grundsteuer A gegenüber 1970 über-

Gewogene Durchschnittshebesätze der Realsteuern nach Gemeindegrößenklassen 1971

Gemeindegrößenklasse	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			Lohn- summensteuer
			insgesamt	Gemeinden, die		
				keine Lohn- summensteuer erheben	Lohn- summensteuer erheben	
<u>Kreisfreie Städte</u>	206	249	300	311	295	500
100 000 - 200 000 Einw.	211	250	299	314	292	561
50 000 - 100 000 "	203	246	314	300	322	197
20 000 - 50 000 "	200	250	288	300	284	444
<u>Kreisangehörige Gemeinden</u>	227	234	290	295	281	462
50 000 - 100 000 Einw.	206	220	269	-	269	664
20 000 - 50 000 "	209	251	286	296	238	834
10 000 - 20 000 "	213	232	290	300	284	428
5 000 - 10 000 "	208	228	291	297	284	440
3 000 - 5 000 "	215	227	295	296	293	333
2 000 - 3 000 "	218	226	291	295	277	378
1 000 - 2 000 "	228	237	291	292	290	390
weniger als 1 000 "	237	241	291	292	289	337
I n s g e s a m t	226	240	294	300	289	485



Realsteuergrundbeträge nach Gemeindegrößenklassen 1971

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital			Lohn- summensteuer
				insgesamt	Gemeinden, die		
					keine Lohn- summensteuer erheben	Lohn- summensteuer erheben	
DM je Einwohner							
<u>Kreisfreie Städte</u>	129,08	1,11	19,74	100,93	33,35	67,58	7,29
100 000 - 200 000 Einw.	143,23	0,72	19,89	114,76	39,03	75,73	7,86
50 000 - 100 000 "	103,90	2,19	20,67	76,37	26,40	49,97	4,67
20 000 - 50 000 "	95,60	1,58	17,94	68,16	16,03	52,14	7,92
<u>Kreisangehörige Gemeinden</u>	64,30	5,30	11,78	45,43	27,87	17,56	1,78
50 000 - 100 000 Einw.	109,60	0,95	20,42	79,23	-	79,23	8,99
20 000 - 50 000 "	127,53	1,46	20,93	103,65	85,79	17,86	1,50
10 000 - 20 000 "	96,46	2,40	17,51	72,01	24,43	47,58	4,53
5 000 - 10 000 "	84,40	2,78	15,57	62,85	33,63	29,22	3,20
3 000 - 5 000 "	68,42	4,05	13,46	49,29	32,44	16,84	1,62
2 000 - 3 000 "	56,89	5,68	10,80	39,23	30,27	8,97	1,18
1 000 - 2 000 "	48,98	6,45	8,91	32,74	23,36	9,39	0,87
weniger als 1 000 "	34,98	8,49	6,53	19,55	14,72	4,82	0,40
Insgesamt	82,10	4,15	13,97	60,69	29,38	31,31	3,29

haupt keine Abweichung (226%) und bei der Grundsteuer B eine geringfügige Erhöhung um einen Punkt auf 240%; lediglich bei der Gewerbesteuer ist eine deutlichere Erhöhung um 8 Punkte auf 294% festzustellen.

#### Grundbeträge und Realsteueraufbringungskraft

Die Grundbeträge haben zweierlei Funktion. Einmal errechnet sich aus der Division der Summe der Istaufkommen durch die Summe der Grundbeträge des Landes der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz je Steuerart, und zum zweiten ergibt sich aus dem Produkt von Grundbetrag und gewogenem landesdurchschnittlichem Hebesatz die Realsteueraufbringungskraft.

Die Summe der Grundbeträge der Grundsteuer A hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,8% verringert. Da sich das Istaufkommen der Grundsteuer A um fast denselben Prozentsatz verringerte, ist verständlich, daß sich der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz von 226% nicht verändert hat. Die Aufbringungskraft der Grundsteuer A ist allerdings wegen der gesunkenen Grundbeträge um 20,2% zurückgegangen. Alle Größenklassen der kreisangehörigen Gemeinden zeigen rückläufige Grundbeträge und rückläufiges Aufkommen der Grundsteuer A, mit Ausnahme der kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern. In den drei Größenklassen der kreisfreien Städte zeigte sich insgesamt ein sehr geringer Rückgang. Rückläufiges Aufkommen und sinkende Grundbeträge bei gleichbleibendem gewogenem landesdurchschnittlichem Hebesatz deuten darauf hin, daß die Bemessungsgrundlage des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes durch den Übergang von Grundstücken auf das nichtlandwirtschaftliche Grundvermögen in den meisten kreisangehörigen Gemeinden weiter verringert wird. In den kreisfreien Städten, in denen Aufkommen und Grundbeträge ohnehin gering sind, ist diese Tendenz nur wesentlich schwächer wahrnehmbar. Die Grund-

beträge der Grundsteuer B erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 5,9%. Da das Istaufkommen etwas stärker anstieg (+ 6,1%) hat sich der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B um einen Punkt auf 240% erhöht. Daraus wird verständlich, daß die Aufbringungskraft der Grundsteuer B stärker als das Istaufkommen, nämlich 6,8% gestiegen ist. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zeigt die stärksten Grundbetragszuwächse (+ 15,6%) der Realsteuern. Da das Istaufkommen um 19,2% gewachsen war, hat sich der Quotient aus Istaufkommen und Grundbetrag gegenüber dem Vorjahr um 14 Punkte auf einen gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz von 300% erhöht. Daher ist die Aufbringungskraft der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital insgesamt um 18,8% gestiegen. Mit Ausnahme der Grundsteuer A, sind also Grundbeträge, landesdurchschnittliche Hebesätze und Realsteueraufbringungskraft der Realsteuern insgesamt gestiegen.

#### Steuereinnahmekraft der Gemeinden (Gv.)

Sieht man als wichtigstes Element der Finanzhoheit der Kommunen ihre freie Verfügbarkeit über Einnahmen an, die nicht zweckgebunden sind und für einzelne Vorhaben und Aufgaben beliebig bestimmt werden können, dann bedeutet die Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Steuern vom Einkommen keine Beschränkung in diesem Sinne; sie ist jedoch ein weiterer Schritt in Richtung auf eine allgemeine Steuereinnahmeteiligung nach dem Verbundsystem. Der gesetzgeberische Grund für den Einkommensteuerverbund liegt darin, daß die Einkommensteuer gleichmäßiger streut und wegen des hohen Anteils an Lohnsteuern weniger konjunkturreegibel ist als die Gewerbesteuer.

Im Jahre 1971 ergab sich aus dem 14%igen Gemeindeanteil an den von den Finanzbehörden des Landes erhobenen Steuern vom Einkommen ein Betrag von 419 Mill. DM. Subtrahiert man davon die 267 Mill. DM der Gewerbesteuerumlage, ergibt



Gemeindegrößenklasse	Realsteueraufbringungskraft <sup>1)</sup>				Steuer- ein- nahme- kraft der Ge- meinden 2)	Diffe- renz (Sp. 5 ./. Sp. 1)	Realsteueraufbringungskraft <sup>1)</sup>				Steuer- ein- nahme- kraft der Ge- meinden 2)	Diffe- renz (Sp. 11 ./. Sp. 7)
	ins- gesamt	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Ge- werbe- steuer nach Ertrag u.Kapital			ins- gesamt	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Ge- werbe- steuer nach Ertrag u.Kapital		
	1 000 DM						DM je Einwohner					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<u>Kreisfreie Städte</u>	349 005	2 200	47 500	299 304	387 976	38 971	346,01	2,18	47,09	296,74	384,65	38,64
100 000 - 200 000 Einw.	261 409	916	32 038	228 454	278 645	17 236	386,07	1,35	47,32	337,40	411,52	25,46
50 000 - 100 000 "	51 001	909	9 027	41 065	62 012	11 011	278,84	4,97	49,35	224,51	339,04	60,20
20 000 - 50 000 "	36 595	375	6 435	29 785	47 319	10 724	246,21	2,52	43,29	200,39	318,36	72,15
<u>Kreisangehörige Gemeinden</u>	462 886	30 455	76 989	355 442	576 197	113 311	173,95	11,44	28,93	133,57	216,53	42,58
50 000 - 100 000 Einw.	17 670	127	2 900	14 643	20 430	2 760	281,07	2,02	46,13	232,92	324,98	43,90
20 000 - 50 000 "	63 289	531	8 952	53 806	65 829	2 540	358,45	3,01	50,70	304,74	372,84	14,39
10 000 - 20 000 "	59 939	1 179	9 636	49 125	68 810	8 871	258,31	5,08	41,53	211,71	296,54	38,23
5 000 - 10 000 "	100 337	2 456	16 992	80 890	119 497	19 160	229,22	5,61	38,82	184,79	272,99	43,77
3 000 - 5 000 "	47 099	2 208	8 218	36 673	59 546	12 447	186,10	8,72	32,47	144,90	235,28	49,18
2 000 - 3 000 "	42 959	3 426	7 332	32 201	56 936	13 977	153,88	12,27	26,26	115,34	203,94	50,06
1 000 - 2 000 "	61 560	6 526	10 333	44 701	82 438	20 878	132,57	14,05	22,25	96,26	177,53	44,96
weniger als 1 000 "	70 032	14 002	12 626	43 404	102 712	32 680	92,73	18,54	16,72	57,47	136,00	43,27
Insgesamt	811 890	32 655	124 489	654 746	964 173	152 283	221,24	8,90	33,92	178,42	262,74	41,50

1) Ohne Lohnsummensteuer. - 2) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

sich ein positiver Saldo von 152 Mill. DM. Die Steuereinnahmekraft entspricht der um die Gewerbesteuerumlage verminderten und um den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer vermehrten Realsteueraufbringungskraft. Aus der Untergliederung der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden nach Größenklassen wird ersichtlich, daß die unterschiedlichen Größenklassen insgesamt durch die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer keine Einbußen bezüglich ihrer Steuereinnahmekraft hinnehmen mußten, sondern im Gegenteil beträchtliche Zunahmen zu verzeichnen hatten. In der Auffächerung nach Verwaltungsbezirken zeigt sich jedoch, daß bei vier Städten, Ludwigshafen, Bingen, Idar-Oberstein und Andernach, die Steuereinnahmekraft unter der Realsteueraufbringungskraft liegt. Es sind dies die vier Städte mit der höchsten Gewerbesteuerkraft pro Kopf der Bevölkerung. Es ist aber festzustellen, daß die Differenz zwischen Realsteueraufbringungskraft und Steuereinnahmekraft sich insgesamt vermindert. So hat sich gegenüber dem Vorjahr die Summe der negativen Differenzen von 14,2 Mill. DM auf knapp 1 Mill. DM verringert.

Während sich die Realsteueraufbringungskraft je Kopf der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz um 15,2% gegenüber dem Vorjahr erhöhte, ist die Steuereinnahmekraft etwas stärker, nämlich um 17,0% auf 262,74 DM je Einwohner angestiegen. In den kreisangehörigen Gemeinden wiegt der niedrige Pro-Kopf-Betrag der Steuereinnahmekraft der Gemeinden unter 5 000 Einwohnern wegen ihres starken Anteils an der gesamten Steuereinnahmekraft (59,8%) besonders schwer und drückt daher die vergleichbaren Pro-Kopf-Beträge der kreisangehörigen Gemeinden insgesamt deutlich unter die der kreisfreien Städte und des Landes. Mit einem Zuwachs von + 17,9% gegenüber dem Vorjahr jedoch hat

sich in den kreisangehörigen Gemeinden die Steuereinnahmekraft je Einwohner besonders aufgrund der Zunahmen bei den Gemeinden über 3 000 Einwohnern stärker als in den kreisfreien Städten erhöht, ein Hinweis darauf, daß sich die Unterschiede nicht verstärken. Bemerkenswert erscheint, daß die Steuereinnahmekraft je Einwohner im Regierungsbezirk Trier gegenüber dem Vorjahr mit 18,8% stärker als in den Regierungsbezirken Koblenz (+ 17,5%) und Rheinhessen-Pfalz (+ 16,5%) gestiegen ist. Das ist insbesondere auf den starken Anstieg seiner Gewerbesteuerkraft zurückzuführen, der in keinem seiner Landkreise unter + 30% liegt; im Landkreis Bitburg-Prüm liegt er sogar über + 60% und hat zugleich von allen Landkreisen und kreisfreien Städten den stärksten Zuwachs an Steuereinnahmekraft je Einwohner (+ 30%), eine Folge der Neuansiedlung zweier holzverarbeitender Betriebe des Fertigbaus in Gondelsheim.

Von den zehn steuerstärksten Landkreisen und kreisfreien Städten liegen sieben im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz und drei im Bezirk Koblenz. Im Bezirk Trier liegt die kreisfreie Stadt mit einer Steuereinnahmekraft von 285 DM je Einwohner vor den Landkreisen des Regierungsbezirks, jedoch an letzter Stelle aller kreisfreien Städte. In der Rangliste des Landes zeigt sich Ludwigshafen mit 601 DM je Einwohner an der Spitze, gefolgt von den Städten Bingen (452 DM), Idar-Oberstein (397 DM), Mainz (396 DM), Andernach (388 DM), Bad Kreuznach (387 DM), Pirmasens (379 DM), Worms (346 DM), Frankenthal (345 DM) und Landau (325 DM).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die hohe Gewerbesteuerkraft der Städte und ihr zumeist hoher Anteil am Einkommensteueranteil der Gemeinden naturgemäß beson-



Realsteueraufbringungskraft und Steuereinnahmekraft der Gemeinden nach Verwaltungsbezirken 1971

Verwaltungsbezirk	Realsteueraufbringungskraft <sup>1)</sup>				Steuer- ein- nahme- kraft der Ge- meinden 2)	Diffe- renz (Sp. 5 ./. Sp. 1)	Realsteueraufbringungskraft <sup>1)</sup>				Steuer- ein- nahme- kraft der Ge- meinden 2)	Diffe- renz (Sp. 11 ./. Sp. 7)
	ins- gesamt	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Ge- werbe- steuer nach Ertrag u. Kapital			ins- gesamt	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Ge- werbe- steuer nach Ertrag u. Kapital		
1 000 DM						DM je Einwohner						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Kreisfreie Stadt Koblenz	32 625	140	5 765	26 719	41 042	8 417	271,63	1,17	48,00	222,46	341,71	70,08
Landkreise												
Ahrweiler	18 186	801	3 530	13 855	23 845	5 659	172,65	7,60	33,51	131,54	226,38	53,73
Altenkirchen (Ww.)	23 675	710	3 065	19 900	26 931	3 256	193,61	5,80	25,07	162,74	220,24	26,63
Bad Kreuznach	30 362	1 685	4 821	23 856	36 369	6 007	205,01	11,38	32,55	161,08	245,58	40,57
Bad Kreuznach, St.	14 941	179	2 303	12 459	16 461	1 520	351,59	4,21	54,20	293,18	387,37	35,78
Birkenfeld	22 832	565	3 995	18 272	25 229	2 397	245,12	6,07	42,88	196,16	270,85	25,73
Idar-Oberstein, St.	15 597	37	2 115	13 445	15 316	- 281	404,55	0,95	54,86	348,73	397,26	- 7,29
Cochem-Zell	10 803	855	1 343	8 605	12 998	2 195	164,22	13,00	20,41	130,80	197,60	33,38
Mayen-Koblenz	36 773	1 252	5 908	29 613	44 655	7 882	196,67	6,70	31,60	158,37	238,82	42,15
Andernach, St.	10 628	69	1 288	9 271	10 523	- 105	391,49	2,56	47,44	341,48	387,63	- 3,86
Neuwied	31 525	727	5 690	25 108	38 745	7 220	211,09	4,87	38,10	168,12	259,43	48,34
Neuwied, St.	17 670	127	2 900	14 643	20 430	2 760	281,07	2,02	46,13	232,92	324,98	43,91
Oberwesterwaldkreis	12 828	666	1 238	10 924	14 696	1 868	163,88	8,51	15,82	139,56	187,75	23,87
Rhein-Hunsrück-Kreis	14 247	926	2 598	10 722	17 148	2 901	161,78	10,52	29,50	121,75	194,72	32,94
Rhein-Lahn-Kreis	20 154	895	3 733	15 526	25 923	5 769	169,94	7,55	31,47	130,92	218,58	48,64
Lahnstein, St.	4 541	32	863	3 646	5 874	1 333	233,70	1,66	44,41	187,62	302,28	68,58
Unterwesterwaldkreis	17 321	454	2 474	14 393	20 552	3 231	198,08	5,19	28,29	164,59	235,02	36,94
Reg. Bez. Koblenz	271 329	9 677	44 160	217 492	328 132	56 803	199,00	7,10	32,39	159,52	240,66	41,66
Kreisfreie Stadt Trier	24 061	170	5 027	18 864	29 439	5 378	232,81	1,64	48,62	182,45	284,73	52,02
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	17 587	1 814	3 193	12 580	20 902	3 315	159,97	16,50	29,04	114,42	190,12	30,15
Bitburg-Prüm	14 014	1 375	2 170	10 468	15 559	1 545	150,54	14,78	23,31	112,45	167,14	16,60
Daun	7 763	623	1 113	6 027	9 288	1 525	137,02	11,00	19,64	106,38	163,94	26,92
Trier-Saarburg	14 996	1 636	2 713	10 647	18 835	3 839	125,88	13,73	22,77	89,38	158,11	32,23
Reg. Bez. Trier	78 420	5 618	14 215	58 587	94 023	15 603	162,63	11,65	29,48	121,50	194,98	32,35
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	10 921	161	1 738	9 022	14 425	3 504	260,91	3,85	41,53	215,54	344,63	83,72
Kaiserslautern	25 510	95	4 751	20 664	32 305	6 795	252,89	0,94	47,10	204,85	320,24	67,35
Landau i. d. Pfalz	8 562	76	1 481	7 005	10 281	1 719	271,17	2,40	46,92	221,85	325,60	54,43
Ludwigshafen a. Rhein	114 089	132	8 793	105 165	105 880	- 8 209	647,75	0,75	49,92	597,08	601,14	- 46,61
Mainz	65 124	380	7 702	57 042	69 979	4 855	368,76	2,15	43,61	323,00	396,26	27,50
Neustadt a. d. Weinstr.	9 693	355	2 295	7 044	14 509	4 816	190,60	6,98	45,12	138,50	285,29	94,69
Pirmasens	17 252	46	3 011	14 195	20 848	3 596	313,58	0,84	54,72	258,02	378,95	65,37
Speyer	9 538	96	1 642	7 800	12 879	3 341	224,52	2,26	38,66	183,60	303,17	78,65
Worms	24 056	508	3 722	19 826	26 655	2 599	312,28	6,59	48,31	257,37	346,01	33,73
Zweibrücken	7 574	42	1 573	5 959	9 734	2 160	231,49	1,29	48,07	182,12	297,49	66,00
Landkreise												
Alzey-Worms	15 500	3 331	2 806	9 364	20 316	4 816	158,24	34,00	28,64	95,59	207,41	49,17
Bad Dürkheim	18 966	1 845	4 018	13 103	27 734	8 768	162,95	15,85	34,52	112,58	238,29	75,34
Donnersbergkreis	10 611	1 193	1 930	7 488	13 401	2 790	157,32	17,69	28,61	111,02	198,68	41,36
Germersheim	18 709	993	2 191	15 524	20 853	2 144	198,76	10,55	23,28	164,93	221,54	22,78
Kaiserslautern	10 188	650	2 390	7 148	15 780	5 592	112,35	7,17	26,35	78,83	174,01	61,66
Kusel	8 571	652	2 117	5 802	13 049	4 478	103,70	7,89	25,61	70,19	157,86	54,16
Landau-Bad Bergzabern	14 639	1 884	2 775	9 979	20 664	6 025	140,07	18,03	26,55	95,49	197,73	57,66
Ludwigshafen	13 907	1 048	3 208	9 650	24 963	11 056	115,98	8,74	26,76	80,48	208,19	92,21
Mainz-Bingen	40 276	2 741	5 073	32 462	42 837	2 561	265,70	18,08	33,47	214,15	282,60	16,90
Bingen, St.	11 886	92	1 228	10 567	10 728	- 1 158	500,70	3,86	51,71	445,13	451,93	- 48,77
Pirmasens	15 988	773	2 282	12 933	20 309	4 321	196,48	9,50	28,05	158,94	249,58	53,10
Zweibrücken	2 467	359	616	1 492	4 617	2 150	76,49	11,14	19,08	46,26	143,11	66,62
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	462 141	17 360	66 114	378 668	542 018	79 877	253,36	9,52	36,25	207,60	297,15	43,79
Rheinland-Pfalz	811 890	32 655	124 489	654 746	964 173	152 283	221,24	8,90	33,92	178,42	262,74	41,50
Kreisfreie Städte	349 005	2 200	47 500	299 304	387 976	38 971	346,01	2,18	47,09	296,74	384,65	38,64
Landkreise	462 886	30 455	76 989	355 442	576 197	113 311	173,95	11,04	28,93	133,57	216,53	42,58

1) Ohne Lohnsummensteuer. - 2) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.



ders die Steuereinnahmen der stadtreichsten Gebiete begünstigt. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz konzentrieren beispielsweise die kreisfreien Städte allein mehr als ein Drittel der Gewerbesteueraufbringungskraft des Landes auf sich; das ist

mehr als der gesamte Anteil des Regierungsbezirks Koblenz (33,2%) und steht in großem Abstand zu dem kaum 10%igen Anteil des Regierungsbezirks Trier.

Diplom-Volkswirt H. H. von Herff

## Bevölkerungsentwicklung 1971

Die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung eines Gebietes ändern sich ständig durch grenzüberschreitende Wohnsitzveränderungen (Wanderungen) sowie durch biologische Vorgänge in der anwesenden Bevölkerung (natürliche Bevölkerungsbewegung). Zugewogene und Lebendgeborene erhöhen die Bevölkerungszahl, Fortgezogene und Gestorbene vermindern sie. Mit Hilfe dieser vier Veränderungskomponenten wird die Bevölkerungszahl, ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten allgemeinen Volkszählung, für die zwischen den Zählungen liegenden Jahre fortgeschrieben. Die amtliche Fortschreibung der Wohnbevölkerung wird anhand der polizeilichen An- und

Abmeldescheine sowie der von den Standesbeamten erstellten Geburten- und Sterbefallzählkarten vom Statistischen Landesamt vorgenommen. Sie erfolgt auf Gemeindeebene halbjährlich, auf Kreis- und Landesebene monatlich. Die Zuverlässigkeit der fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen hängt auf der einen Seite von der Güte der Basisbevölkerung (Volkszählungsergebnis) ab, auf der anderen Seite von der Genauigkeit der statistischen Erfassung der zahlreichen Zu- und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle. Kann die Standesamtsstatistik als zuverlässige Grundlage für die Bevölkerungsfortschreibung angesehen werden, so haften der Wanderungsstatistik gewisse Mängel an, die zu einem großen Teil damit zusammenhängen, daß die Meldeordnung von Meldepflichtigen ungenügend beachtet wird.

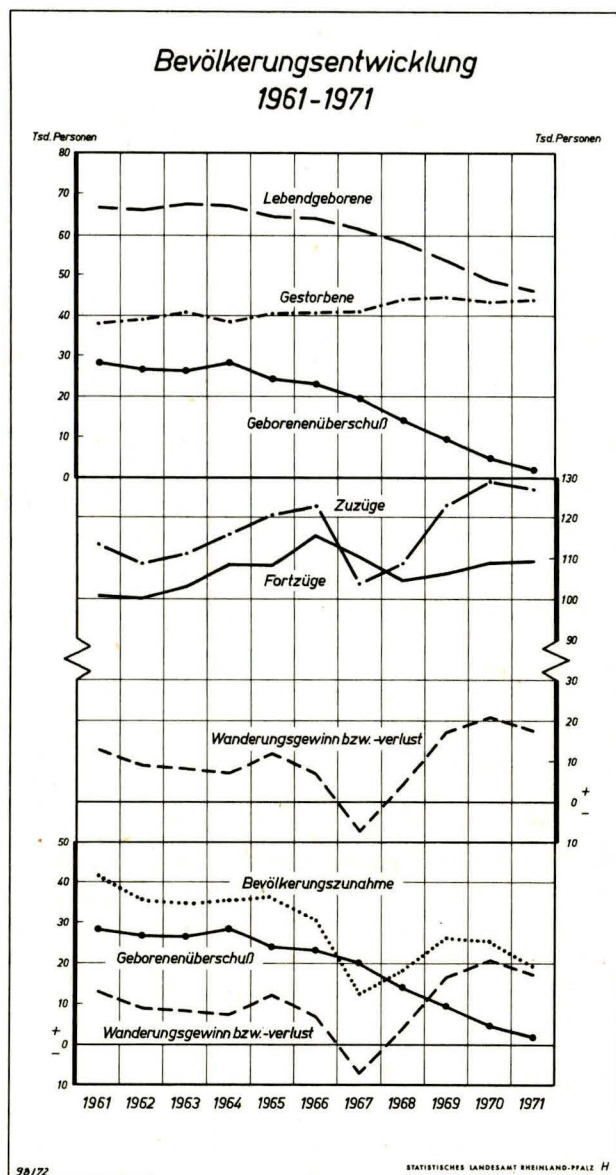
### Bevölkerungszuwachs verlangsamt

Zum Ende des Jahres 1971 wurde auf der Basis der Volkszählung vom 27. Mai 1970 für Rheinland-Pfalz eine Bevölkerungszahl von 3 678 500 ermittelt. Von diesen Personen waren 1 758 500 oder 47,8% männlichen und 1 920 000 (52,2%) weiblichen Geschlechts. Mit 19 600 Personen war die Bevölkerungszunahme des Berichtsjahres um gut 6 000 geringer als die des Vorjahres, um 7 000 niedriger als die des Jahres 1969. Sie bedeutet - sieht man von den beiden Rezessionsjahren 1967 und 1968, in denen sich das absolute Bevölkerungswachstum auf knapp 13 000 bzw. nahezu 19 000 belief, ab - die geringste absolute und prozentuale Zunahme seit Kriegsende.

Das Bevölkerungswachstum des Landes wird seit einigen Jahren in immer stärkerem Maße von der Wanderungskomponente, in den Jahren 1970 und 1971 sogar fast ausschließlich von dieser getragen. Der Beitrag der biologischen Komponente, also des Geborenenüberschusses, geht dagegen ständig zurück. So kam es im Jahre 1969 erstmals seit 1953 zu einem „Rollentausch“: Übertraf der Geborenenüberschuß bis dahin den Wanderungsgewinn - zum Teil um das Drei- bis Vierfache -, so spielt er seitdem nur noch eine unbedeutende Rolle. Bei einem positiven Wanderungssaldo von 17 500 belief sich der Überschuß der Lebendgeborenen über die Gestorbenen im Berichtsjahr nur noch auf 2 048. Im Vorjahre stand einem Wanderungsgewinn von 20 800 noch ein Geborenenüberschuß von 5 012 gegenüber.

### Landkreise wuchsen stärker als kreisfreie Städte

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene, wobei die Verwaltungseinteilung nach dem Stand vom 31. Dezember 1971 zugrunde gelegt wird, so zeigt sich das Bestreben der Bevölkerung,





sich innerhalb des Landkreisgebietes anzusiedeln. Bestimmte Gebietsteile des Landes, die durch ihre geographische und wirtschaftliche Lage benachteiligt sind - es handelt sich insbesondere um die westlichen, im Eifel-Hunsrück-Raum und in der Westpfalz gelegenen Landesteile -, sind von dieser Entwicklung allerdings ausgeschlossen. Aufgrund von Zuzugsüberschüssen nahm die Bevölkerung in den Landkreisen um 5,1 a. T. (auf Tausend), in den kreisfreien Städten um 4,0 a. T. zu. Diese für die ländlichen Gebiete insgesamt gesehene positive Entwicklung wird noch dadurch ergänzt, daß in den Landkreisen infolge eines - wenn auch im Vergleich zu den Vorjahren geringen - Geborenenüberschusses in Höhe von 2 720 die Bevölkerungszahl um weitere 1,0 Punkte anstieg, in den kreisfreien Städten jedoch die natürliche Bevölkerungsbewegung durch einen hier erstmals seit Kriegsende aufgetretenen Sterbeüberschuß in Höhe von 672 mit - 0,7 Punkten einen negativen Beitrag leistete.

Faßt man die zwei Veränderungsrate für die beiden Gebietskategorien zusammen und vergleicht sie mit der gesamten Zuwachsrate des Landes (+ 5,4 a. T., hierbei entfallen 0,6 Punkte auf den Geborenenüberschuß, 4,8 Punkte dagegen auf den Wanderungsgewinn), so ergibt sich für die Landkreise als Ganzes gesehen mit + 6,1 a. T. ein überdurchschnittlicher, für die kreisfreien Städte mit lediglich + 3,4 a. T. ein unter dem Landesdurchschnitt liegender Bevölkerungszuwachs. Im Vergleich zum Jahre 1970 ist damit ein Umschwung eingetreten; damals lag das Wachstum der kreisfreien Städte (+ 10,0 a. T.) noch über dem der Landkreise (+ 6,0 a. T.). Gab es in dem genannten Jahr nur 2 kreisfreie Städte mit Bevölkerungsverlusten, so stieg deren Zahl im Berichtsjahr auf 7. Einen Anstieg der Bevölkerung erreichten 1971 lediglich die Städte Mainz (+ 21,6 a. T.), Frankenthal (+ 19,2 a. T.), Speyer (+ 13,7 a. T.), Kaiserslautern (+ 4,6 a. T.) und Landau (+ 1,0 a. T.). Die Landeshauptstadt Mainz wurde aufgrund eines starken Wanderungsgewinns mit 178 600 Einwohnern zur größten rheinland-pfälzischen Stadt und verwies damit Ludwigshafen, das eine Bevölkerungseinbuße hinnehmen mußte (- 4,9 a. T.), auf den zweiten Platz (175 400 Einwohner). Von den Landkreisen verzeichneten die Kreise Ludwigshafen (+ 19,2 a. T.), Germersheim (+ 17,5 a. T.) und der Unterwesterwaldkreis (+ 15,2 a. T.) die höchsten Zuwächse, die Kreise Birkenfeld (- 5,0 a. T.) und Zweibrücken (- 2,2 a. T.) die größten Abnahmen.

#### Zuwachs unter dem Bundesdurchschnitt

Bei einem Vergleich mit den übrigen Bundesländern schneidet Rheinland-Pfalz ungünstig ab. Mit einem Bevölkerungswachstum von + 5 Personen auf 1 000 Einwohner lag unser Land unter dem Bundesdurchschnitt (+ 8 Personen), an siebenter Stelle hinter den Ländern Schleswig-Holstein (+ 13), Bayern (+ 12), Hessen (+ 12), Baden-Württemberg (+ 11), Niedersachsen (+ 8) und Nordrhein-Westfalen (+ 8), jedoch vor Bremen (+ 5), dem Saarland (+ 1), Hamburg (- 7) und Westberlin (- 15). Der Grund hierfür liegt darin, daß

Wanderungen 1961 - 1971

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes <sup>1)</sup>	Wanderungen über die Landesgrenzen		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
Insgesamt				
1961	115 551	114 041	100 879	13 162
1962	110 891	109 205	100 109	9 096
1963	117 196	111 492	103 148	8 344
1964	122 621	116 235	109 092	7 143
1965	120 209	121 000	108 883	12 117
1966	128 407	123 165	116 185	6 980
1967	127 225	103 730	111 019	- 7 289
1968	134 060	109 108	104 828	4 280
1969	128 117	123 325	106 138	17 187
1970	122 942	129 860	109 011	20 840
1971	124 208	126 962	109 423	17 539
Auf 1 000 Einwohner				
1961	33,8	33,3	29,5	3,8
1962	32,1	31,6	29,0	2,6
1963	33,5	31,9	29,5	2,4
1964	34,7	32,9	30,9	2,0
1965	33,7	33,9	30,5	3,4
1966	35,6	34,2	32,3	1,9
1967	35,1	28,7	30,7	- 2,0
1968	36,9	30,0	28,8	1,2
1969	35,0	33,7	29,0	4,7
1970	33,7	35,6	29,9	5,7
1971	33,8	34,6	29,8	4,8

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

die meisten übrigen Länder noch günstigere Wanderungsbilanzen, zum Teil aber auch höhere Geburtenhäufigkeiten aufweisen können als Rheinland-Pfalz.

#### Erneut hoher Wanderungsgewinn durch Zuzüge aus dem Ausland

Wanderungsbewegungen vollziehen sich - sieht man einmal von Kriegs- und Nachkriegsereignissen ab - vor dem ökonomischen Hintergrund. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, die zu Zeiten wirtschaftlicher Prosperität groß ist, läßt den Zuwanderungsstrom von Erwerbspersonen und deren Familienangehörigen anschwellen. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession dagegen werden Arbeitskräfte freigesetzt, die - sofern es sich um Gastarbeiter handelt - in der Regel in ihre Heimatländer zurückkehren. Diese Erscheinung wurde während der vergangenen Jahre, die einen ausgeprägten konjunkturellen Zyklus aufwiesen, durch die Wanderungsstatistik bestätigt. So versteht es sich, daß das Jahr 1971, das durch ein Nachlassen des wirtschaftlichen Booms des Vorjahres gekennzeichnet ist, mit + 17 500 Personen einen geringeren Zuzugsüberschuß zeitigte als das Jahr 1970 (+ 20 800 Personen, das war der größte Zuzugsüberschuß seit 1953), jedoch einen höheren Wanderungsgewinn aufwies als die Jahre 1966 bis 1968.

Der Wanderungssaldo des Berichtsjahres errechnet sich aus 127 000 Zuzügen nach Rheinland-Pfalz und 109 400 Fortzügen. 124 200 Wanderungsfälle wurden registriert, bei denen Zuzugs- und Fortzugsgemeinde innerhalb des Landes liegen (Binnenwanderung). Obwohl der Bevölkerungsaustausch mit dem übrigen Bundesgebiet mehr als zwei Drittel aller über die Landesgrenze erfolgenden Wanderungsfälle ausmachte, wurde der relativ hohe Wanderungsgewinn ausschließlich im Verkehr mit



Jahr	Lebendgeborene							Totgeborene				
	insgesamt		männlich	weiblich	nicht-ehelich	männlich	weiblich	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich
	Anzahl	auf 1 000 Einw.	Anzahl			auf 1 000 Lebendgeborene			Anzahl		auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	
Rheinland-Pfalz												
1961	66 744	19,5	34 429	32 315	3 343	515,8	484,2	50,1	869	57	13,2	16,8
1962	66 185	19,1	33 887	32 298	3 001	512,0	488,0	45,3	899	63	13,4	20,6
1963	67 768	19,4	34 945	32 823	2 894	515,7	484,3	42,7	961	61	14,0	20,6
1964	67 223	19,1	34 695	32 628	2 676	515,4	484,6	39,7	881	60	12,9	21,9
1965	64 480	18,1	32 915	31 565	2 521	510,5	489,5	39,1	794	36	12,2	14,1
1966	64 249	17,8	33 196	31 053	2 440	516,7	483,3	38,0	774	41	11,9	16,5
1967	61 090	16,9	31 187	29 903	2 311	510,5	489,5	37,8	704	45	11,4	19,1
1968	58 532	16,1	30 086	28 446	2 442	514,0	486,0	41,7	670	32	11,3	12,9
1969	53 987	14,8	27 787	26 200	2 357	514,7	485,3	43,7	594	50	10,9	20,8
1970	48 706	13,4	25 119	23 587	2 331	515,7	484,3	47,9	514	35	10,4	14,8
1971	46 049	12,5	23 810	22 239	2 314	517,1	482,9	50,3	482	47	10,4	19,9
Bundesgebiet												
1961	1 012 687	18,0	520 590	492 097	60 269	514,1	485,9	59,5	14 704	1 238	14,3	20,1
1962	1 018 552	17,9	523 801	494 751	56 648	514,3	485,7	55,6	14 361	1 178	13,9	20,4
1963	1 054 123	18,3	541 812	512 311	55 120	514,0	486,0	52,3	13 991	1 106	13,1	19,7
1964	1 065 437	18,2	547 979	517 458	53 131	514,3	485,7	49,9	13 590	1 024	12,6	18,9
1965	1 044 328	17,7	536 930	507 388	48 977	514,1	485,9	46,9	12 901	956	12,2	19,1
1966	1 050 345	17,6	539 492	510 853	47 854	513,6	486,4	45,6	12 174	819	11,5	16,8
1967	1 019 459	17,0	523 634	495 825	46 964	513,6	486,4	46,1	11 422	802	11,1	16,8
1968	969 825	16,1	498 202	471 623	46 209	513,7	486,3	47,6	10 702	708	10,9	15,1
1969	903 456	14,8	464 430	439 026	45 498	514,1	485,9	50,4	9 693	746	10,6	16,1
1970	810 808	13,4	416 321	394 487	44 280	513,5	486,5	54,6	8 351	703	10,2	15,6
1971 <sup>p</sup>	778 531	12,6	400 426	378 105	45 263	514,3	485,7	58,1	7 675	...	9,8	...

dem Ausland erzielt. Die Bilanz der Umzüge von und nach den anderen Bundesländern ergab sogar - wie bereits in den Jahren zuvor - einen Bevölkerungsverlust von 407 Personen. Am attraktivsten waren für Rheinland-Pfälzer die Länder Hessen (- 1 760 Personen), Bayern (- 1 000) und Baden-Württemberg (- 842). Größere Wanderungsgewinne wurden gegenüber Nordrhein-Westfalen (+ 2 013), West-Berlin (+ 809) und dem Saarland (+ 668) erzielt. Der Wanderungsstrom von und nach der DDR und den Ostgebieten des Deutschen Reiches brachte Bevölkerungszuwächse von 595 und 725 Personen. - Bei der regen Bevölkerungsfluktuation zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland heben sich seit Jahren einige Gastarbeiterländer ab. An erster Stelle als Abgabeland lagen wiederum die Türkei (+ 6 112 Personen), Jugoslawien (+ 2 056) und Italien (+ 1 677); es folgten Spanien (+ 987), Griechenland (+ 886) und Frankreich (+ 879). Aus den USA kamen 586, Brasilien 122 und Kanada 73 Personen mehr als dorthin zogen.

### Geborenenzahl auf Tiefstand

Für das natürliche Wachstum der Bevölkerung ist der Geborenenüberschuß maßgebend, wobei die Zahl der Lebendgeborenen einen positiven, die der Gestorbenen einen negativen Beitrag leistet. Die Altersstruktur der Bevölkerung, aber auch das generative Verhalten sowie die Sterblichkeit derselben sind dabei für die Zahl der Geburten und Sterbefälle bestimmend.

Nach dem Kriege war die Zahl der Lebendgeborenen in Rheinland-Pfalz bis in die 60er Jahre immer größer geworden. Unser Land gehörte damals zu den geburtenreicheren Ländern der Bundesrepublik. Ab 1963 - dieses Jahr erzielte mit nahezu 68 000 Lebendgeborenen die Höchstzahl - nahm die Zahl der lebend zur Welt gekommenen Kinder je-

doch, einer allgemein beobachteten Entwicklung folgend, kontinuierlich und in verstärkendem Maße ab. Die Geborenenzahl des Berichtsjahres in Höhe von 46 000 stellt schließlich den niedrigsten Wert dar, der seit 1947 in Rheinland-Pfalz registriert wurde. Im Jahre 1967 sank die allgemeine Geburtenziffer - das sind die im Berichtsjahr lebend geborenen Kinder, bezogen auf 1 000 Einwohner - mit 16,9 sogar erstmals unter die des Bundesdurchschnitts (17,0). Für das Jahr 1971 wurden Ziffern von 12,5 (Rheinland-Pfalz) und 12,6 (Bund) ermittelt. Bemerkenswert ist es, daß die Zahl der nicht ehelich lebend geborenen Kinder eine größere Konstanz aufweist als die der ehelich geborenen. Im Jahre 1971 erreichte die genannte Zahl eine Höhe

Wanderungen über die Landesgrenzen  
nach Herkunfts- und Zielländern 1971

Herkunfts- bzw. Zielland	Zu- züge	Fort- züge	Wande- rungs- saldo
Bundesgebiet	87 030	87 437	- 407
Schleswig-Holstein	1 722	1 963	- 241
Hamburg	851	898	- 47
Niedersachsen	4 343	4 296	47
Bremen	447	501	- 54
Nordrhein-Westfalen	27 604	25 591	2 013
Hessen	16 056	17 816	- 1 760
Baden-Württemberg	17 833	18 675	- 842
Bayern	7 868	8 868	- 1 000
Saarland	6 810	6 142	668
Berlin (West)	3 496	2 687	809
Übrige Gebiete	39 932	21 986	17 946
Berlin (Ost)	37	3	34
DDR	645	84	561
Ostgebiete des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937)	774	49	725
Ausland	38 388	21 845	16 543
Europäisches	33 413	18 521	14 892
Außereuropäisches	4 970	3 323	1 647
Unbekanntes	5	1	4
Ohne Angabe u. ohne festen Wohnsitz	88	5	83
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>126 962</b>	<b>109 423</b>	<b>17 539</b>



von 2 314; sie war nur geringfügig niedriger als die der Vorjahre und machte gut 5% aller Geburten aus.

Fruchtbarkeit der Frauen nimmt ab

Der seit 1963 beobachtete starke Geburtenrückgang ist zum Teil auf eine Verschlechterung der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung, zum überwiegenden Teil jedoch auf eine Abnahme der altersspezifischen Fruchtbarkeit der Frauen zurückzuführen. Dies wird deutlich, wenn man erkennt, daß bei dem für das Berichtsjahr gegebenen Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung unter Annahme der für das Jahr 1964 gegoltenen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern im Jahre 1971 ein Drittel mehr Kinder hätten geboren werden müssen als in dem genannten Jahr tatsächlich lebend zur Welt kamen. Die Alterspyramide der Frauen hat sich insofern ungünstiger gestaltet, als die Zahl der 19- bis 28jährigen Frauen - diese gebären erfahrungsgemäß die meisten Kinder - zwischen den beiden letzten Volkszählungen von 231 200 - das entspricht einem Anteil an der weiblichen Bevölkerung von 12,8% - auf 186 900 (9,8%) gesunken ist. Einen noch stärkeren Einbruch verzeichneten allerdings in den 60er Jahren, wie bereits erwähnt, die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, das sind die im Berichtsjahr von Müttern bestimmten Alters lebend geborenen Kinder, bezogen auf 1 000 Frauen desselben Alters. Eine zeitvergleichende Untersuchung zeigt, daß sich im Verlauf der vergangenen zehn Jahre infolge der Möglichkeiten zur Familienplanung die Fruchtbarkeit von allen Altersjahren der über 22jährigen Frauen stark vermindert hat. Dies gilt insbesondere für die 25- bis 30jährigen. Das Alter höchster Fruchtbarkeit hat sich dabei zu den jüngeren Jahrgängen verschoben. Junge, insbesondere unter 20jährige Frauen bekommen relativ häufiger Kinder als dies noch vor zehn Jahren der Fall war. Die frühere Reife der heutigen Jugend, wirtschaftlicher Wohlstand schon junger Menschen und die damit im Zusammenhang stehende Vorverlegung des Heiratsalters sind die Hauptursachen für diese Entwicklung. Die allgemeine Geburtenziffer lag im Berichtsjahr in den Landkreisen als Ganzes über, in den kreisfreien Städten unter dem Landesdurchschnitt, was eine größere Fruchtbarkeit der Landbevölkerung vermuten läßt.

Höhere Lebenserwartung für Männer und Frauen

Die Zahl der Gestorbenen erweist sich im Zeitablauf als relativ konstant. Kurzfristig auftretende Schwankungen sind heutzutage in der Regel auf das Auftreten von Grippewellen zurückzuführen. Längerfristig hängt die jährliche Gestorbenenanzahl von dem Altersaufbau der Bevölkerung, die Sterblichkeit - diese setzt die Sterbefälle von Personen einer bestimmten Altersgruppe zu ihrem mittleren Bestand in Beziehung und wird somit durch alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern ausgedrückt - von dem sozialen und medizinischen Fortschritt ab.

Im Jahre 1971 starben in Rheinland-Pfalz 44 000 Menschen, von denen 22 400 männlichen und 21 600 weiblichen Geschlechts waren. Die allgemeine Sterbeziffer (Gestorbene auf 1 000 Einwohner) stellte sich

Gestorbene in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1961 - 1971

Jahr	Insgesamt		Männlich	Im ersten Lebensjahr	In den ersten 28 Lebens-tagen	Im ersten Lebensjahr	In den ersten 28 Lebens-tagen
	Anzahl	auf 1 000 Einw.					
Rheinland-Pfalz							
1961	38 037	11,1	19 999	2 291	1 633	34,3	24,5
1962	39 345	11,4	20 520	2 132	1 532	32,2	23,1
1963	41 065	11,8	21 314	1 938	1 382	28,6	20,5
1964	38 529	10,9	20 343	1 826	1 274	27,1	18,9
1965	40 145	11,3	20 983	1 545	1 178	24,0	18,3
1966	40 758	11,3	21 011	1 550	1 213	24,1	18,9
1967	41 041	11,3	21 296	1 503	1 145	24,5	18,7
1968	44 219	12,2	22 750	1 410	1 073	24,0	18,3
1969	44 430	12,1	22 812	1 371	1 022	25,1	18,9
1970	43 694	12,0	22 202	1 241	1 001	25,2	20,6
1971	44 001	12,0	22 381	1 052	821	22,7	17,8
Bundesgebiet							
1961	627 561	11,2	324 300	32 108	23 071	31,7	22,8
1962	644 819	11,3	335 082	29 807	21 725	29,3	21,3
1963	673 069	11,7	347 717	28 473	21 009	27,0	19,9
1964	644 128	11,0	333 879	26 948	20 123	25,3	18,9
1965	677 628	11,5	347 968	24 947	19 194	23,9	18,4
1966	686 321	11,5	351 301	24 803	19 020	23,6	18,1
1967	687 349	11,5	350 517	23 303	18 129	22,8	17,8
1968	734 048	12,2	371 391	22 110	17 021	22,6	17,6
1969	744 360	12,2	377 260	21 162	16 179	23,2	17,9
1970	734 843	12,1	369 975	19 165	14 904	23,4	18,4
1971 <sup>p</sup>	730 671	11,8	366 740	18 142	13 951	23,2	17,9

auf 12,0 und entsprach damit dem Niveau der beiden Vorjahre, war jedoch gegenüber den ersten 60er Jahren um einen halben bis einen Punkt erhöht. Eine alters- und geschlechtsspezifische Untersuchung, die vergleichsstörende Faktoren weitgehend ausschließt, läßt einen Rückgang der Sterblichkeit in fast allen Altersgruppen der Frauen und den meisten Gruppen der Männer im Verlauf der letzten zehn Jahre erkennen. Hiermit ist eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung für Männer und Frauen verbunden. Die auch in den Vorjahren beobachtete größere Sterblichkeit der männlichen Personen gegenüber der der Mädchen und Frauen zeigt sich in allen Altersgruppen, insbesondere bei den Säuglingen und den Menschen im erwerbsfähigen Alter.

Säuglingssterblichkeit erstmals seit 1955 unter dem Bundesdurchschnitt

Trotz großer medizinischer Fortschritte und umfangreicher vorsorgender Maßnahmen besteht die größte Lebensgefährdung des Menschen nach wie vor in der Zeit unmittelbar nach der Geburt. Von 1 052 Kindern, die 1971 im ersten Lebensjahr starben, fand der allergrößte Teil (821 oder rund 80%) bereits in den ersten vier Wochen den Tod. Die meisten dieser Säuglinge (720) verstarben bereits in den ersten sieben Lebenstagen; fast drei Viertel (527) von diesen wiederum wurden nicht einmal 24 Stunden alt. Die Säuglingssterbeziffer - das ist die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, bezogen auf 1 000 Lebendgeborene - sank dennoch auf 22,7, den niedrigsten Wert, der jemals im Land erreicht wurde. Damit wurde in Rheinland-Pfalz zum ersten Mal seit 1955 der Bundesdurchschnitt (23,2) unterschritten.

Diplom-Volkswirt H. Jucknat



## Volkshochschulen 1971

Die Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz — hierunter verstehen sich alle im gleichnamigen Landesverband zusammengeschlossenen Volksbildungseinrichtungen — nehmen unter den Institutionen dieser Art sowohl hinsichtlich des Umfangs und breiten Spektrums ihrer Bildungstätigkeit als auch ihrer regionalen Verbreitung nach eine dominierende Stellung ein. Unterteilt bis zum Beginn des Jahres 1971 die Satzung des vorerwähnten Verbandes die Einrichtungen nach Volkshochschulen, Kreisvolksbildungswerken mit angeschlossenen Volksbildungswerken und selbständigen Volksbildungswerken, so hat nunmehr dieser Organisationsrahmen insofern eine Änderung erfahren, als die letztgenannten Einrichtungen den Status einer Volkshochschule oder Kreisvolkshochschule (bisher Kreisvolksbildungswerke) erhielten. Diese beiden Bildungseinrichtungen grenzen sich weniger durch ihre Aufgaben als vielmehr durch ihre Standorte ab: Volkshochschulen befinden sich im allgemeinen in Gemeinden von mindestens 10 000 Einwohnern, wogegen die Kreisvolkshochschulen für die ländlichen Bereiche zuständig sind. Die vornehmlich für die Durchführung von Wochenend- und Ferienkursen eingerichteten Heimvolkshochschulen stellen eine gewisse Sonderform der Volkshochschule dar.

Aufschluß über die Tätigkeit dieser Bildungseinrichtungen, über ihre Hörer, Leiter und Mitarbeiter sowie über ihre Finanzierung vermittelt der vom deutschen Volkshochschul-Verband herausgegebene VHS-Berichtsbogen, welcher von jeder selbständigen Institution für das vorhergehende Arbeitsjahr zu fertigen ist. Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf diesen statistischen Nachweisungen, die im Statistischen Landesamt aufbereitet wurden.

### Schulisches Organisationsnetz der kommunalen Neugliederung angeglichen

Gegliedert nach ihren Organisationsformen gab es 1971 in Rheinland-Pfalz 2 Heimvolkshochschulen, 60 Volkshochschulen, 28 Kreisvolkshochschulen mit 464 angeschlossenen Volksbildungswerken; insgesamt waren es somit 554 Bildungsstätten. Diese Zahl zeigt den niedrigsten Stand der Volkshochschuleinrichtungen seit dem Jahre 1954 (454) an.

Volksbildungseinrichtungen 1961 - 1971

Jahr Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Volks- hoch- schulen 1)	Kreisvolks- hochschulen		Selb- ständige Volks- bildungs- werke
			Zen- tralen	Ange- schlos- sene Einrich- tungen	
1961	852	45	29	744	35
1962	894	45	29	793	27
1963	891	45	29	790	27
1964	904	46	32	804	22
1965	873	48	32	772	21
1966	811	50	34	706	21
1967	827	50	36	727	14
1968	833	53	37	731	12
1969	745	53	37	645	10
1970	757	56	26	650	5
1971	554	62	28	464	-
Koblenz	310	29	12	269	-
Trier	26	8	4	14	-
Rheinhausen-Pfalz	218	25	12	181	-

1) Einschl. Heimvolkshochschulen.

Ihre bisher höchste Zahl wird für das Jahr 1964 mit 904 Schulen nachgewiesen, die in den nachfolgenden Jahren kontinuierlich, jedoch zwischen 1970 (757) und dem Berichtsjahr (554) auffällig stark schrumpfte. Nun sei darauf hingewiesen, daß die Gesamtzahl der Einrichtungen als Größenordnung durch die den Kreisvolkshochschulen angeschlossenen Volksbildungswerken bestimmt wird; ihr bei allen Veränderungen ziemlich konstant gebliebener Anteil beläuft sich im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts auf immerhin 87%. Diese unselbständigen Volksbildungswerke, deren Existenz nicht selten eine Frage örtlich verfügbarer Mitarbeiter ist, besitzen, sowohl vom Organisatorischen als auch von der Lehrkapazität her gesehen, natürlich nicht das Gewicht der zentralen Bildungsstätten, nämlich der Volkshochschulen oder Kreisvolkshochschulen. Haben die Volkshochschulen vor allem durch den Statuswechsel der selbständigen Volksbildungswerke ihren bisher höchsten zahlenmäßigen Stand (62) erreicht, so ergab sich bei Kreisvolkshochschulen gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung. Die 28 Einrichtungen dieser Art befanden sich in je einem Landkreis (überdies verfügten die Städte Koblenz und Zweibrücken noch jeweils über eine Kreisvolkshochschule), womit die Angleichung dieses schulischen Organisationsnetzes an die seit 1968 in Rheinland-Pfalz durchgeführte territoriale Verwaltungsreform weitgehend vollzogen ist.

Im Regierungsbezirk Koblenz bestehen nunmehr 29 Volkshochschulen und 12 Kreisvolkshochschulen mit 269 angeschlossenen Volksbildungswerken, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz 25 Volkshochschulen und 12 Kreisvolkshochschulen mit 181 angeschlossenen Volksbildungswerken und im Regierungsbezirk Trier 8 Volkshochschulen und 4 Kreisvolkshochschulen mit 14 Volksbildungseinrichtungen. Es entfielen im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz auf je 3 Gemeinden, im Regierungsbezirk Koblenz auf je 4 Gemeinden eine Volkshochschuleinrichtung. Sehr viel ungünstiger war die Dichte im Regierungsbezirk Trier - sicherlich nicht zuletzt infolge der dort stärker ausgeprägten ländlichen Siedlungsstruktur -, in dem sich 25 Gemeinden mit einer Einrichtung begnügen mußten. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ändert sich die Reihenfolge insofern, als mit 4 400 Einwohnern pro Einrichtung der Regierungsbezirk Koblenz an erster Stelle steht. Es folgen die Regierungsbezirke Rheinhessen mit 8 400 und Trier mit 18 500 Einwohnern je Einrichtung.

### Führungskräfte sind meist Lehrer

Im Zuge der 1970 vom deutschen Volkshochschul-Verband vorgenommenen Umgestaltung des VHS-Berichtsbogens wurden erstmals Fragen über die im Arbeitsjahr tätigen Mitarbeiter aufgenommen. Das Ergebnis für das Berichtsjahr 1971 entspricht offensichtlich nicht der damaligen tatsächlichen personellen Gesamtsituation, was nicht zuletzt auf den ungenügenden diesbezüglichen Fragenkatalog und die wenig genaue Abgrenzung der Einzelfragen zurück-



zuführen sein dürfte. Es wird daher für die nachfolgende Darstellung über die Leiter der Volkshochschuleinrichtungen nach Berufen auf Zahlenmaterial zurückgegriffen, welches einer vom Landesverband der Volkshochschulen herausgegebenen Publikation über die berufliche Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz<sup>1)</sup> entnommen ist.

Danach stellten 1971 die hauptberuflich im Erziehungs- und Seelsorgewesen tätigen Leiter mit gut 54% die stärkste Gruppe. Überwiegend waren hier die Rektoren und Lehrer an Grund- und Hauptschulen vertreten. Zweifellos ist das auffällig starke Engagement der Lehrer im Bereich der Volkshochschule auf die vielfach noch vorhandene traditionelle Erwartung zurückzuführen, daß diese sich auch zur Wahrnehmung der kulturellen Aufgaben in der Gemeinde verpflichtet fühlen. Als zweitgrößte professionell differenzierte Gruppe wird die der Wahl- und Verwaltungsbeamten (16,7%) angeführt. In ihr haben die Verbandsbürgermeister und Bürgermeister (59,0%) ein deutliches Übergewicht. Die dann folgende Gruppe der Selbständigen bildeten zur Hälfte Landwirte und zu einem weiteren Viertel Kaufleute und Fabrikanten. Hausfrauen, Rentner und andere Berufe machten knapp ein Fünftel der Leiter einer Volksbildungseinrichtung aus. Die von ihrer Position her wohl wichtigsten Führungskräfte, die hauptamtlichen Volkshochschuldirektoren, werden mit 18 Personen angegeben.

**Mehr als die Hälfte der Finanzmasse aus öffentlichen Mitteln**

Die Finanzierung der Volkshochschuleinrichtungen erfolgt im wesentlichen durch die als Leistungsentgelte anzusehenden Einnahmen der einzelnen Institute und die seitens des Bundes, des Landes, der Kreise und Gemeinden gewährten Zuschüsse. Insgesamt kamen auf diesen Wegen im Rechnungsjahr 1971 annähernd 9,5 Mill. DM ein, welche die bisher höchste Summe verfügbarer Mittel darstellt. Gegenüber dem Vorjahr haben die Einnahmen und

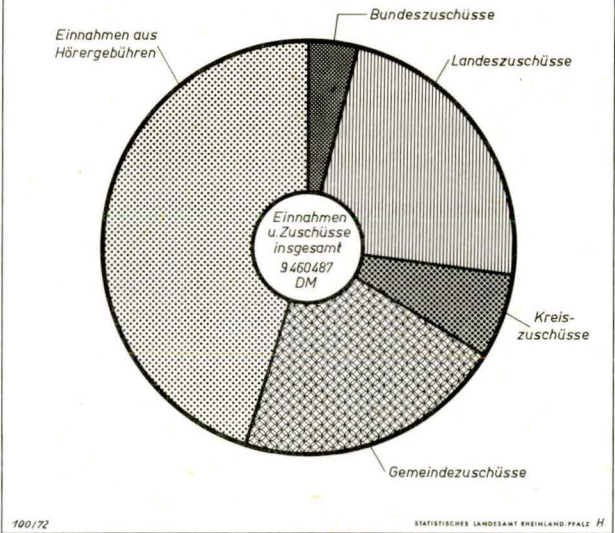
1) U. Funke: Berufliche Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung der Volkshochschulen. Herausgegeben vom Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz und von der Landesvereinigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmerverbände, Mainz 1972.

Finanzierung der Volksbildungseinrichtungen 1961 - 1971

Jahr	Einnahmen und Zuschüsse insgesamt	Einnahmen aus Hörer- gebühren und Mitglieds- beiträgen	Landes- zu- schüsse	Kreis- zu- schüsse	Ge- meinde- zu- schüsse
DM					
1961	2 830 319	1 223 789	832 500	164 093	609 937
1962	3 273 560	1 127 065	1 100 000	203 137	843 358
1963	3 330 108	1 153 544	1 100 000	208 189	868 375
1964	4 024 908	1 301 697	1 370 000	238 852	1 114 359
1965	4 192 788	1 348 598	1 370 000	339 576	1 134 614
1966	4 547 887	1 692 459	1 096 000	389 035	1 370 393
1967	4 745 471	1 907 837	985 700	394 445	1 457 489
1968	4 743 604	1 868 652	984 000	439 355	1 451 597
1969	5 762 127 <sup>1)</sup>	2 228 231	1 218 000	781 361	1 534 535
1970	7 593 209 <sup>1)</sup>	3 433 123 <sup>2)</sup>	1 924 436	510 441	1 725 209
1971	9 089 126 <sup>1)</sup>	4 274 300 <sup>2)</sup>	2 202 037	602 437	2 010 352

1) Ohne Bundeszuschüsse, welche für das Rechnungsjahr 1970 2,1 %, für das Rechnungsjahr 1971 3,9 % der jetzigen Gesamtsumme betragen. - 2) Ohne Kreisvolkshochschule Daun und Zweibrücken.

Finanzierung der Volksbildungseinrichtungen 1971



Zuschüsse eine Steigerung um 20% erfahren, die sowohl durch eine beachtliche Aufstockung der öffentlichen Gelder als auch der beträchtlichen Vermehrung der Eigeneinnahmen bewirkt wurde. Im einzelnen ergaben sich folgende Summen und Zunahmerelationen: Einnahmen aus Hörergebühren und Mitgliedsbeiträgen 4 274 300 DM (+ 24,5%), Bundeszuschüsse 371 462 DM (+ 132%), Landes-zuschüsse 2 202 036 DM (+ 14,4%), Kreis-zuschüsse 602 437 DM (+ 18,0%), Gemeinde-zuschüsse 2 010 352 DM (+ 16,5%). In welchem Umfange das Finanzvolumen der Volkshochschuleinrichtungen insbesondere in den letzten Jahren angewachsen ist, wird aus den Finanzsummen der Jahre 1961 (2,8 Mill. DM) und 1968 (4,7 Mill. DM) deutlich. Der Gesamtbetrag der Mittel des Jahres 1971 lag wiederum mehr als doppelt so hoch wie die Summe des Jahres 1968.

**Schwerpunkt lag bei systematischer Bildungsarbeit**

Die Tätigkeiten der Volksbildungseinrichtungen vollziehen sich in bestimmten Veranstaltungskategorien. Diese lassen sich bezüglich der angewandten Methode bzw. des Arbeitsprinzips nach zwei Hauptgruppen unterscheiden. Bei den einen handelt es sich um die sogenannten Intensivformen, wie Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Lehrgänge und Seminare, welche auf eine aktive Hörerbeteiligung ausgerichtet sind, bei den anderen um Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen, die mehr als Darbietungsform unterhalten-der Themen gewählt werden. Während die Veranstaltungen der erstgenannten Gruppe nach der jeweiligen Veranstaltungsform im VHS-Berichtsbogen zahlenmäßig belegt werden, weist dieser bei den Vortragsreihen nicht deren Zahl, sondern, ebenso wie bei den Einzelveranstaltungen, die Zahl der Abende aus. Es ist daher nicht möglich, die Gesamtzahl der Veranstaltungen wie auch die Gesamtzahl der Besucher genau zu bestimmen.

Setzt man eine Vortragsreihe mit einem Abend gleich, so belief sich die Zahl aller Veranstaltungen auf rund 13 900, die Zahl der Besucher auf rund 569 000. Der Vergleich mit den entsprechenden Zah-



len des Vorjahres zeigt nur sehr unwesentliche Veränderungen auf (+ 1,5% bzw. — 0,4%). Dies ist insofern erstaunlich, als die unselbständigen Volksbildungswerke während des Jahres 1971 eine relativ starke Dezimierung erfahren haben. Es darf jedoch angenommen werden, daß bereits 1970 einige Schulen zwar noch als existierend angesehen wurden, die jedoch ihre Funktionen wegen regionaler oder organisatorischer Umbildungen nicht mehr ausüben konnten.

Was die intensiven Arbeitsformen betrifft, das heißt die vorerwähnten Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Lehrgänge und Seminare, in deren Durchführung sich die eigentliche Volksbildungsarbeit ausdrückt, so sind diese zahlenmäßig (8 344) wiederum gegenüber dem Vorjahr bei erstmals leichter Abnahme (— 1,2%) der Belegungszahl (186 399) um rund 5% angestiegen. Rückläufig bzw. stagnierend waren die Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen (1971 = 5 563, 1970 = 5 734) sowie deren Besucherzahlen (1971 = 382 176, 1970 = 382 255), eine seit Jahren zu beobachtende Entwicklung, die im Hinblick auf die stetige quantitative Ausweitung von Veranstaltungen intensiver Wissensvermittlung als Trend einer tiefergehenden und systematischen Erwachsenenbildung gedeutet werden darf.

Die Nachweisungen der Veranstaltungskategorien nach den einzelnen Organisationsformen der Volksbildungseinrichtungen lassen erkennen, daß die kursartigen Arbeitsformen - worunter die vorerwähnten Veranstaltungen intensiver Wissensvermittlung verstanden werden sollen - bei den Volkshochschulen sehr viel stärker in Erscheinung treten als bei den Kreisvolkshochschulen. Von insgesamt 8 344 im Jahre 1971 durchgeführten Kursen, Arbeitskreisen etc. entfielen vier Fünftel mit einer etwas höheren Belegungsrelation (82%) auf die Volkshochschulen, wobei sich pro Einzelinstitution ein Durchschnitt von 107 solcher Veranstaltungen errechnet. Die Kreisvolkshochschulen - hier bezogen auf die 28 Zentralen - erreichten eine durchschnittliche Kurszahl von 60. Bei den Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen, bei deren Nachweis nur von den durchgeführten Abenden (5 563) auszugehen ist, ergaben sich unter Berücksichtigung der 62 Volkshochschulen bzw. 28 Kreisvolkshochschulen Durchschnittszahlen von 43 und 102. Anteilmäßig entfielen 48,5% der Abende auf die Volkshochschulen, 51,4% auf die Kreisvolkshochschulen. Jedoch dürfte die für den Bereich der Kreisvolksbildungseinrichtungen genannte Durchschnittszahl 102 insofern unrealistisch sein, als anzunehmen ist, daß sich der Kursusform nur die größeren Schulen bedienen. Dividiert man also richtiger die von den Kreisvolksbildungseinrichtungen gemeldete Gesamtzahl der Abende durch die Zahl aller am Stichtag vorhandenen zentralen und angeschlossenen Institutionen (492), so errechnet sich eine Durchschnittszahl von 5,8 Abenden pro Einrichtung und Jahr. Ob diese sehr niedrig erscheinende Ziffer dem tatsächlichen Durchschnittswert nahe kommt, dürfte füglich zu bezweifeln sein. Allerdings muß auch hier berücksichtigt werden, daß infolge organisatorischer und regionaler Umbildungen insbesondere die den zen-

tralen Kreisvolkshochschulen angeschlossenen Einrichtungen teilweise ihre Funktionen noch nicht oder nur eingeschränkt ausüben konnten.

Bei der Betrachtung der Zahlen über Tätigkeiten der Volksbildungseinrichtungen nach den beiden Organisationskategorien fallen die stärkeren Aktivitäten der Volkshochschulen im Bereich der intensiven Bildungsarbeit ins Auge. Hier sei angemerkt, daß es insbesondere die städtischen Standorte dieser Einrichtungen mit den hier gegebenen Interessensphären und Verkehrsverhältnissen sind, welche für diese Arten der Wissensvermittlung günstige Voraussetzungen bilden.

### **Am stärksten gefragt: Kunst, Gesellschaft und Politik**

Die Aufgabe der Volkshochschule, Forum für alle zu sein, unterscheidet sie sehr wesentlich von anderen Bildungseinrichtungen mit Teil- und Zweckzielen. Damit hängt notwendig eine gewisse Weite der Bildungsplanung und des Bildungsangebotes zusammen. Die hieraus sich ergebende Fülle der in einem Arbeitsjahr behandelten Einzelthemen, aber auch ihre mögliche Analogie trotz unterschiedlicher Themenbenennung erlauben keine detaillierte Darstellung im Rahmen der Volkshochschulstatistik. Eine solche Nachweisung muß sich auf relativ breit gefaßte Sachgebiete beschränken.

Geht man nur von der Zahl der Teilnehmer aus, so erfreute sich auch im Berichtsjahr wiederum das Stoffgebiet Kunst - dieses umfaßt die Disziplinen Literatur, Bildende Kunst, Kunstgeschichte und Musik - mit gut einem Fünftel aller Belegungen und Besucher (118 000) des größten Zuspruchs. Es folgt der Themenkreis Gesellschaft und Politik, für welchen sich stark 92 000 oder 16,2% der Gesamtteilnehmerschaft interessierten. Den dritten und vierten Rang nahmen die Besucher der länders-, heimat- und naturkundlichen (79 198 oder 13,9%) und der von Sonderprogrammen bestimmten Veranstaltungen (71 941 oder 12,7%) ein. Größere Hörerzahlen wurden überdies nachgewiesen bei den Wissensgebieten Gesundheits- und Körperpflege (39 907 oder 7,0%), den Sprachen (37 065 oder 6,5%) sowie den Stoffgebieten Erziehung, Philosophie, Psychologie (35 387 bzw. 6,2%) und Verwaltung und kaufmännische Praxis (33 104 bzw. 5,8%).

Von der Veranstaltungshäufigkeit her gesehen dominierten die Sprachkurse (2 074 bzw. 14,9%), wohl vornehmlich in der Form streng methodischer Unterrichtung, was sich daraus erkennen läßt, daß Sprachen nicht unter den Kategorien der weniger verbindlichen Veranstaltungen gemeldet wurden. An zweiter Stelle rangierten die Darbietungen mit Themen über Gesellschaft und Politik (1 903 = 13,7%), welche zu zwei Dritteln im Rahmen von Vortragsreihen oder Einzelveranstaltungen stattfanden. Der Gesundheits- und Körperpflege waren 1 445 (10,4%) zumeist (71%) als Kurs- oder Arbeitsgemeinschaft etc. geführte Veranstaltungen gewidmet. Dies erstaunt insofern, als gerade solche Darbietungen ihres meist leichteren thematischen Inhalts wegen eher als unverbindliche Demonstration begriffen werden. Das gleiche gilt für die folklori-



Stoffgebiet	Belegungen von Kursen, Lehrgängen, Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften			Besucher von Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen		
	Heimvolks- hochschule	Volks- hochschule	Kreisvolks- hochschule 1)	Heimvolks- hochschule	Volks- hochschule	Kreisvolks- hochschule
Anzahl						
Gesellschaft und Politik	4 143	15 148	2 199	130	34 846	35 663
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	118	3 944	2 114	-	13 959	15 252
Kunst	95	8 922	1 582	300	88 413	18 668
Länder-, Heimat-, Naturkunde	380	5 299	1 290	9	38 990	33 230
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	642	11 267	3 243	1 161	5 025	3 247
Verwaltung und kaufmännische Praxis	-	22 716	3 558	-	2 809	4 021
Sprachen	-	33 015	4 050	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	159	12 714	3 993	-	-	-
Hauswirtschaft	-	7 311	3 308	-	1 214	6 083
Gesundheits- und Körperpflege	21	14 990	6 411	-	9 996	8 489
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	-	2 391	106	-	-	-
Sonderprogramme	1 930	7 841	1 499	105	43 593	16 973
<b>Insgesamt</b>	<b>7 488</b>	<b>145 558</b>	<b>33 353</b>	<b>1 705</b>	<b>238 845</b>	<b>141 626</b>
%						
Gesellschaft und Politik	55,3	10,4	6,6	7,6	14,6	25,2
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	1,6	2,7	6,3	-	5,8	10,8
Kunst	1,3	6,1	4,7	17,6	37,0	13,2
Länder-, Heimat-, Naturkunde	5,1	3,6	3,9	0,5	16,3	23,5
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	8,6	7,7	9,7	68,1	2,1	2,3
Verwaltung und kaufmännische Praxis	-	15,6	10,7	-	1,2	2,8
Sprachen	-	22,7	12,1	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	2,1	8,7	12,0	-	-	-
Hauswirtschaft	-	5,0	9,9	-	0,5	4,3
Gesundheits- und Körperpflege	0,3	10,3	19,2	-	4,2	6,0
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	-	1,6	0,3	-	-	-
Sonderprogramme	25,8	5,4	4,5	6,2	18,3	12,0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) Ohne Kreisvolkshochschule Daun und Zweibrücken.

stischen Veranstaltungen (1 366 bzw. 9,8%), welche den statistischen Nachweisungen zufolge aber auch zu 86% in Einzelvorträgen durchgeführt wurden. Umgekehrt war es hinsichtlich der verwendeten Veranstaltungsform bei der Themenbehandlung der berufsbezogenen Fächer Verwaltung und kaufmännische Praxis (1 235 bzw. 8,9%). Hier wählte man zu 94% die Kursform oder die Form der Arbeitsgemeinschaft.

Obwohl das Stoffgebiet Kunst die höchsten Teilnehmerzahlen ausweist, findet es sich bezüglich der Veranstaltungshäufigkeit erst an sechster Stelle. Die sehr unterschiedlichen Rangfolgen wurden bewirkt durch die hohen Besucherfrequenzen der vornehmlich als Einzelveranstaltungen (76%) gestalteten Darbietungen musisch-musikalischen Charakters. Bei den nachfolgenden, nach der Skala ihrer Häufigkeit noch anzuführenden Veranstaltungen, wird zur Kenntnis des jeweiligen Anteils der beiden Veranstaltungskategorien (Kurs etc. - Einzelveranstaltung etc.), die auf die kursartigen Formen entfallende Relation mit angegeben: Manuelles und musisches Arbeiten (1 050 = 7,6%; Kursform 100,0%); Hauswirtschaft (923 = 6,6%; Kursform 80,6%); Sonderprogramme (894 = 6,4%; Kursform 26,8%); Mathematik, Naturwissenschaft, Technologie (891 = 6,4%; Kursform 71,9%); Erziehung, Philosophie, Psychologie (785 = 5,6%; Kursform 22,5%); Vorbereitung auf Schulabschlüsse (120 = 0,9%; Kursform 100,0%).

Für die effektive Besucherfrequenz der Veranstaltungen bieten die durchschnittliche Belegungs-

bzw. Besucherzahlen gewisse Maßstäbe. Bezogen auf alle Intensiv-Veranstaltungen - gemeint sind hier wieder Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Seminare - ergab sich eine Durchschnittsquote von 22,3 Belegungen. Von dieser Marke wichen relativ stark nach oben ab die Veranstaltungen mit Sonderprogrammen (47,0) sowie mit den Themenkreisen Kunst (36,1), Länder-, Heimat- und Naturkunde (35,6), Erziehung, Philosophie, Psychologie (34,9), Gesellschaft und Politik (34,6). Erheblich unter der Durchschnittsquote lagen die Belegungen für Hauswirtschaft (14,3), für musisches und manuelles Arbeiten (16,1) und für Sprachkurse (17,9). Hierbei ist zu bedenken, daß insbesondere im Bereich der sprachlichen Weiterbildung sowohl aus pädagogischen als vielfach auch aus technischen Gründen die Teilnahme je Kurs oder Lehrgang zwangsläufig begrenzt sein muß. Alle Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen wiesen eine durchschnittliche Besucherquote von 68,7 auf, welche in ihrer Höhe weitgehend von der überragenden Durchschnittsziffer der Veranstaltungen über Kunst (115,8) bestimmt wurde.

Die Aufgliederung nach dem Geschlecht der Teilnehmer, die im Berichtsjahr ein Fach oder mehrere Fächer an einer der Volksbildungseinrichtungen belegt hatten, zeigt mit 57% ein deutliches Übergewicht der Frauen. Nach der altersmäßigen Verteilung waren 51% der Teilnehmer unter 25 Jahre und 41% zwischen 25 und 50 Jahre alt.



Studienreisen, eine wichtige Form der Erwachsenenbildung

Ein zum festen Programm der Volkshochschule gehörendes instruktives erwachsenenbildnerisches Mittel ist die als Studienfahrt oder Studienreise gestaltete Exkursion, welche sich vom allgemeinen Tourismus durch die thematische Grundlage unterscheidet. Im Berichtsjahr wurden von den Volkshochschuleinrichtungen 394 solche Reisen mit 15 320 Teilnehmern durchgeführt. 150 Reisen mit 5 334 teilnehmenden Personen waren als Studienreisen ausgerichtet, welche sich organisatorisch von den

Studienfahrten insofern unterscheiden, als sie mindestens eine Übernachtung einschließen. Etwa zwei Drittel der Studienreisen mit 71% der Teilnehmer führten ins Ausland. Für die durchschnittliche Dauer einer solchen Reise wurde 9,1 Tage, für die durchschnittliche Teilnehmerzahl 39 Personen errechnet. Diese Werte liegen nicht unerheblich über den für die Inlandreisen (4,9 bzw. 29) ermittelten. An den 244 Studienfahrten beteiligten sich 9 986 Personen. Organisiert wurden diese Veranstaltungen zu je 49% von den Volkshochschulen und den Kreisvolkshochschulen. Die Heimvolkshochschulen zeichneten für 5 Reisen verantwortlich.

R. Zirwes

Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe 1971
Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971

Mit einer Kommentierung der wichtigsten Daten über die Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe wird die Veröffentlichung von Ergebnissen der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 fortgesetzt. In die im Mai 1971 erfolgte Grunderhebung sind alle Betriebe mit einer land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha einbezogen worden. Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) wurden befragt, wenn ihre landwirtschaftliche Markterzeugung einem Wert von mindestens 4000 DM pro Jahr entsprach. Da die Nutztviehhaltung in den relativ wenigen Forstbetrieben eine völlig untergeordnete Rolle spielt, beschränkt sich die Darstellung ausschließlich auf die Gruppe der landwirtschaftlichen Betriebe, deren Inhaber im Erhebungsbogen alles Vieh anzugeben hatten, das sich am Tage der Befragung in ihren Ställen und auf ihren Flächen befand, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.

Zwei Drittel aller Betriebe halten Vieh

Tierische Veredlungswirtschaft, die mit rund der Hälfte am Bruttoproduktionswert der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft beteiligt ist, fand sich 1971 in zwei Dritteln aller landwirtschaftlichen Betriebe. Da sie in der Regel an bestimmte natürliche und betriebswirtschaftliche Voraussetzungen, wie beispielsweise Futtergrundlage, Betriebsgröße oder das verfügbare Arbeitspotential, gebunden ist,

weist sie von Art und Umfang her sowohl in den einzelnen Betriebsgrößenklassen als auch den Landesteilen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Während in den Betrieben unter 1 ha, von 1 bis 2 ha sowie 2 bis 5 ha mit ihrem verbreiteten Sonderkulturanbau nur ein Fünftel, die Hälfte bzw. drei Viertel noch über Vieh verfügten, lag dieser Anteil in den 15 bis 50 ha großen zum Teil über 95%. In den Großbetrieben über 50 ha sank er erwartungsgemäß wieder etwas ab. Die im Verlauf der letzten zehn Jahre bei der überwiegenden Zahl der Weinbaubetriebe erfolgte Spezialisierung zeigt sich neben der Aufgabe ihrer Feldwirtschaft auch deutlich in der Entwicklung ihrer Viehhaltung. Dementsprechend kommt heute in Gebieten mit hohem Sonderkulturanteil, und hier vorwiegend Weinbau, auch der Viehwirtschaft nur noch eine untergeordnete Rolle zu.

Rindvieh in jedem zweiten Betrieb

Die Rindviehhaltung mit ihren beiden Erzeugungsrichtungen Milch und Fleisch war 1971 in 55 600 (56%) landwirtschaftlichen Betrieben anzutreffen. Die Gesamtzahl der Rinder belief sich auf 738 100. Die seit 1960 stark zurückgegangene Zahl der Halter - damals befanden sich noch in rund 60% der wesentlich zahlreicheren Betriebe auch

Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung nach Betriebsgrößenklassen 1960 und 1971

Betriebsgrößenklasse	Mit Rindvieh				Mit Schweinen				Mit Legehennen			
	1960	1971	1960	1971	1960	1971	1960	1971	1960	1971	1960	1971
	Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
2 - 5 ha LF	40 041	12 792	83,0	52,3	36 306	12 317	75,3	50,3	41 081	13 042	85,2	53,3
5 - 10 "	33 501	15 630	94,8	78,0	32 584	14 341	92,2	71,6	32 947	13 948	93,2	69,6
10 - 15 "	13 782	9 446	96,8	84,6	13 632	9 052	95,7	81,1	13 582	8 348	95,4	74,8
15 - 20 "	5 060	6 408	96,6	86,2	5 035	6 207	96,2	83,5	4 972	5 558	95,0	74,8
20 - 30 "	2 355	5 988	95,5	87,5	2 327	5 661	94,3	82,7	2 323	4 867	94,2	71,1
30 - 50 "	639	2 092	94,0	85,2	630	1 845	92,6	75,2	634	1 555	93,2	63,4
50 - 100 "	199	286	82,9	71,1	190	245	79,2	60,9	204	199	85,0	49,5
100 und mehr "	37	47	84,1	69,1	35	42	79,5	61,8	38	31	86,4	45,6
Insgesamt	95 614	52 689	89,8	72,3	90 739	49 710	85,2	68,2	95 781	47 548	89,9	65,3



Betriebs- größenklasse	Insgesamt			Mit ... Milchkühen							
				1 - 4			5 - 10			11 und mehr	
	1960	1971	Verän- derung	1960	1971	Verän- derung	1960	1971	Verän- derung	1960	1971
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl	
<b>Betriebe</b>											
2 - 5 ha LF	38 569	10 082	- 73,9	38 243	9 938	- 74,0	325	144	- 55,7	1	-
5 - 10 "	32 808	13 867	- 57,7	26 602	10 602	- 60,1	6 199	3 244	- 47,7	7	21
10 - 15 "	13 578	8 602	- 36,6	6 411	2 896	- 54,8	7 128	5 407	- 24,1	39	299
15 - 20 "	4 967	5 841	17,6	1 447	844	- 41,7	3 436	3 966	15,4	84	1 031
20 - 30 "	2 296	5 535	141,1	456	418	- 8,3	1 605	2 613	62,8	235	2 504
30 - 50 "	618	1 905	208,3	89	102	14,6	278	415	49,3	251	1 388
50 - 100 "	190	228	20,0	15	16	6,7	30	25	- 16,7	145	187
100 und mehr "	36	27	- 25,0	2	2	0,0	2	-	-	32	25
<b>Insgesamt</b>	<b>93 062</b>	<b>46 087</b>	<b>- 50,5</b>	<b>73 265</b>	<b>24 818</b>	<b>- 66,1</b>	<b>19 003</b>	<b>15 814</b>	<b>- 16,8</b>	<b>794</b>	<b>5 455</b>
<b>Tiere</b>											
2 - 5 ha LF	83 086	21 135	- 74,6	81 332	20 355	- 75,0	1 743	780	- 55,2	11	-
5 - 10 "	111 933	48 934	- 56,3	77 856	30 019	- 61,4	33 993	18 659	- 45,1	84	256
10 - 15 "	63 570	48 596	- 23,6	20 112	8 954	- 55,5	42 991	35 987	- 16,3	467	3 655
15 - 20 "	28 426	45 825	61,2	4 494	2 586	- 42,5	22 904	30 109	31,5	1 028	13 130
20 - 30 "	16 191	57 759	256,7	1 339	1 159	- 13,4	11 856	21 220	79,0	2 996	35 380
30 - 50 "	6 083	26 703	339,0	241	256	6,2	2 216	3 453	55,8	3 626	22 994
50 - 100 "	3 439	4 673	35,9	30	43	43,3	260	194	- 25,4	3 149	4 436
100 und mehr "	1 295	1 160	- 10,4	4	4	0,0	12	-	-	1 279	1 156
<b>Insgesamt</b>	<b>314 023</b>	<b>254 785</b>	<b>- 18,9</b>	<b>185 408</b>	<b>63 376</b>	<b>- 65,8</b>	<b>115 975</b>	<b>110 402</b>	<b>- 4,8</b>	<b>12 640</b>	<b>81 007</b>

Rinder - führte bei einem höherem Gesamtbestand zu einer Verdoppelung der mittleren Bestandsgröße von 6 auf 13 Tiere. Da das Rindvieh eine natürliche Futtergrundlage voraussetzt, war von den Betrieben unter 10 ha LF nur die Hälfte hiermit befaßt. Milcherzeugung erfolgte in 86% der Rindviehbetriebe. Im Zuge der steigenden Absatzchancen für fettarmes Rindfleisch sowie der Maßnahmen zum Abbau der Butterüberschüsse im Bereich der EWG hat die Rindermast in jüngster Zeit einen ständigen Aufschwung genommen, was in dem gegenüber 1960 um 10 Prozentpunkte niedrigeren Anteil der Kuhhaltungsbetriebe seinen deutlichen Ausdruck findet. Ähnlich wie beim Rindvieh insgesamt zeigte die Kuhhaltung ihre größte Verbreitung in den 10 bis 50 ha großen Betrieben mit einem Schwerpunkt bei der Klasse von 20 bis 30 ha. In den Betrieben unter 10 ha sowie über 50 ha ordnet sich die besonders arbeitsaufwendige Milchviehhaltung oft nicht in die hier verbreitete extensivere Betriebsorganisation ein.

#### Weniger Milchkuhhalter, aber größere Bestände

Von den knapp 48 000 Betrieben mit Milchkühen (258 000) verfügten etwas mehr als die Hälfte - die meisten davon in den Größenklassen unter 15 ha - über weniger als 5 Tiere. Sie beanspruchten ein Viertel des Gesamtbestandes. Bei einem Drittel der Betriebe standen 5 bis 10 Kühe in den Ställen, bei weiteren 11% waren es über 10 Tiere. Auf sie entfiel knapp die Hälfte bzw. ein Drittel aller gezählten Kühe. Die Bestände von 5 bis 10 Tieren fanden sich vorwiegend in Betrieben bis zu einer Größe von 20 ha, diejenigen mit über 10 Tieren in den Größenklassen zwischen 20 und 50 ha. Eine nähere Betrachtung der 5 500 Betriebe mit mehr als 10 Kühen läßt erkennen, daß über die Hälfte hiervon noch nicht einmal 15 Tiere und nur ein Viertel 15

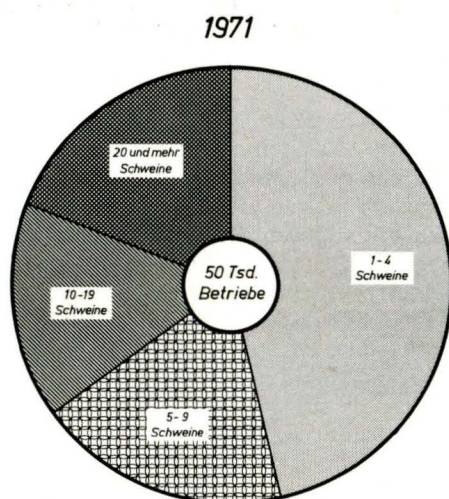
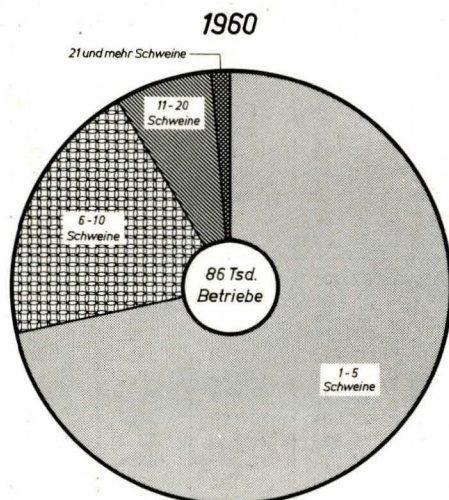
bis 20 Tiere hielt. Für nur etwas mehr als 600 Betriebe ergaben sich 20 Milchkühe oder mehr. Ein Vergleich mit 1960 bringt die in den vergangenen Jahren in diesem Bereich vor sich gegangene Konzentration, die wegen der in größeren Beständen wesentlich günstigeren Haltungs- und Fütterungsbedingungen mit zur Verbesserung der Milchleistung beigetragen hat, deutlich zum Ausdruck. So hat in den Größenklassen ab 2 ha LF die Zahl der Milchkuhbetriebe um die Hälfte, die der Tiere jedoch nur um 19% abgenommen. Pro Betrieb sind hier heute mehr als 6 Kühe aufgestellt gegenüber erst 3 vor elf Jahren. Im Zuge dieser Veränderungen sind die Bestände unter 5 Tieren um zwei Drittel weniger geworden, die mit 5 bis 10 Tieren um knapp ein Fünftel. Um fast das Siebenfache angestiegen ist dagegen die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 Kühen, auf die 1960 noch nicht einmal 5% aller Kühe entfielen, nunmehr jedoch gut 30%.

Regional gesehen verzeichneten die grünlandstarken Höhengebiete auch zugleich einen hohen Prozentsatz an rindviehhaltenden Betrieben, dies gilt namentlich für Daun, Bitburg-Prüm, Birkenfeld, Neuwied, Altenkirchen, den Ober- und Unterwesterwaldkreis sowie den Rhein-Hunsrück-Kreis. Hier spielte die Rindviehhaltung in 80 bis 85% aller landwirtschaftlichen Betriebe größtenteils eine entscheidende Rolle. Im südlichen Regierungsbezirk wiesen nur die westpfälzischen Kreise Kaiserslautern, Kusel und Pirmasens, wo in drei Vierteln aller Betriebe auch Rindvieh stand, eine größere Verbreitung auf. Der Gesamtrindviehbestand verteilte sich zu knapp der Hälfte auf den Regierungsbezirk Koblenz und zu einem Drittel auf den Bezirk Trier. Mit einem Anteil von allein 15% war hier der Kreis Bitburg-Prüm der bei weitem rindviehstärkste im ganzen Land. Ein Viertel aller Rinder



## Landwirtschaftliche Betriebe mit Schweinen nach Bestandsgrößenklassen 1960 und 1971

Betriebe ab 2 ha LF



99/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

gehörte zu Betrieben im Regierungsbetrieb Rheinhessen-Pfalz, der größte Teil davon in den genannten drei Kreisen.

### Die Hälfte aller Mastschweine in nur 4 700 Betrieben

Als weiterer tragender Pfeiler der Veredlungsproduktion war die Schweinehaltung im Jahre 1971 Bestandteil jedes zweiten landwirtschaftlichen Betriebes im Land. Da sie im Gegensatz zum Rindvieh keine natürliche Futtergrundlage zur Voraussetzung hat, erlangte sie auch in den Betrieben unter 5 ha LF bereits eine beachtliche Bedeutung, wenngleich sich ein Schwergewicht für die Betriebe zwischen 10 und 15 ha, besonders aber die von 15 bis 30 ha ergab. Bei einer Gesamtzahl von rund 741 000 Tieren in rund 55 500 Betrieben errechnet sich ein Durchschnittsbestand von 13 Schweinen pro Haltung.

Mit der Schweinemast befaßten sich rund 80% aller Schweinehalter. Von diesen insgesamt 46 000 Betrieben besaß mehr als die Hälfte nur weniger als 5 Tiere. An der Gesamtzahl der Mastschweine waren sie nur zu 14% beteiligt. Derartige Kleinbestände - auf einen Betrieb entfielen im Mittel noch keine 3 Tiere - fanden sich vorwiegend in Betrieben zwischen 2 und 15 ha und dienten in vielen Fällen ausschließlich der Eigenversorgung. Zwischen 5 und 9 Mastschweine wurden für ein Fünftel, 10 bis 19 Tiere für 14% der Betriebe ermittelt. Auf sie kamen 15 bzw. 20% des gesamten Mastschweinebestandes. Lediglich 10% der Betriebe, hauptsächlich in den Größenklassen über 20 ha, wiesen 20 und mehr Mastschweine nach. Diese stellten jedoch die Hälfte des rheinland-pfälzischen Schweinefleischaufkommens. Zu dieser Gruppe zählten 3 600 Betriebe mit 20 bis 49, 675 mit 50 bis 99, 300 mit 100 bis 199 sowie 112 mit 200 und mehr Tieren.

Zuchtsauen fanden sich 1971 in jedem dritten Schweinehaltungsbetrieb. Verglichen mit 1960, wo nur gut jeder vierte Betrieb seine Ferkel selbst erzeugte, zeichnet sich auch hier eine Konzentration ab, die in der Vergrößerung der verbliebenen Zuchtsauenbestände deutlich sichtbar wird. Während es vor elf Jahren nahezu ausschließlich Bestände mit 5 und weniger Zuchtsauen gab, reduzierte sich dieser Anteil bis 1971 auf 80%. Abweichend von den Verhältnissen bei den Mastschweinen konzentrierten sich die Zuchtsauen in den größeren Betrieben ab 10 ha, wo die zur Zucht erforderlichen personellen und fachlichen Voraussetzungen eher gegeben sind.

Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts hat sich unter den Betrieben ab 2 ha die Zahl der Schweinehaltenden um knapp die Hälfte vermindert. Die Bestände sind auf Grund des gestiegenen Fleischkonsums und der zur Erreichung von fettarmen Fleischqualitäten gesunkenen Schlachtgewichte jedoch um ein Drittel größer geworden. Im Zuge dieser Entwicklung sind Haltungen mit über 20 Tieren heute achtmal mehr vorhanden als 1960. Betriebe mit 10 bis 20 Tieren wurden rund ein Drittel mehr gezählt. Starke Einschränkungen bis zur Hälfte und mehr erfuhren dagegen diejenigen mit weniger als 10 Schweinen. Als mittlere Bestandsgröße errechnete sich ein doppelt so hoher Wert (14).

Für die Schweinehaltung läßt sich eine etwas gleichmäßigere Verteilung auf die einzelnen Gebiete des Landes feststellen als beim Rindvieh. Der höchste Anteil an Schweinehaltenden Betrieben ergab sich mit 62% für den Regierungsbezirk Trier und hier in erster Linie den Landkreis Bitburg-Prüm (76%). Allein mehr als 13% aller Schweine standen in dort ansässigen Betrieben. Im Regierungsbezirk Koblenz hielten 56% der Betriebe auch Schweine. Besondere Schwerpunkte lagen hier im Kreis Mayen-Koblenz, dem Rhein-Hunsrück-Kreis und dem Rhein-Lahn-Kreis. Auch im südlichen Landesteil spielten Schweine noch in der Hälfte der dortigen Betriebe eine Rolle. Als bedeutende Zentren stellen sich hier die Landkreise Alzey-Worms, Mainz-Bingen sowie der Donnersbergkreis dar.



## 17 Betriebe mit über 10 000 Legehennen

Bei den Legehennen ist die Entwicklung im Verlauf der letzten Jahre durch eine rapide Abnahme der bei weitem vorherrschenden extensiv gehaltenen Klein- und Kleinstbestände gekennzeichnet. Gleichzeitig wurden sie für eine relativ geringe Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben die Grundlage für einen vollwertigen Zweig der Veredlungsproduktion. So besaßen beispielsweise im Jahre 1960 rund 80% aller Betriebe auch Legehennen gegenüber nur noch 55% im Mai 1971. Läßt man jedoch die Bestände unter 100 Tieren außer Betracht, so erlangten sie 1971 in rund 2 100 Betrieben gegenüber erst 1 100 im Jahre 1960 eine größere Bedeutung. Verglichen mit den Rindern und Schweinen ist die Legehennenhaltung weitgehend eine Domäne der Betriebe mit geringerer Flächenausstattung. Die Hälfte aller Legehennen befand sich daher in Betrieben unter 10 ha. Da sie sich noch am ehesten von jeglicher Bodenbewirtschaftung trennen läßt, war sie auch in den Betrieben ohne jegliche LF am häufigsten vertreten.

Die in den Betrieben gezählten Hennen verteilten sich zu einem Viertel auf Bestände mit weniger als 50 und zu 4% auf solche mit 50 bis 100 Tieren. Auf diese beiden Bestandsgrößenklassen entfielen jedoch 93 bzw. 3% aller Haltungen. Bei nur durchschnittlich 14 bzw. 60 Tieren pro Betrieb kann in den meisten Fällen hier von einem Betriebszweig nicht die Rede sein.

Rund 1 400 Betriebe (2,5%) besaßen zwischen 100 und 500 sowie 300 Betriebe (0,6%) zwischen 500 und 1 000 Hennen. Sie erreichten 10 bzw. 7% des gesamten Bestandes. Lediglich in 379 Ställen standen 1 000 und mehr Tiere, die jedoch über die Hälfte

des Bestandes aller Betriebe ausmachten. Zu dieser letzten Gruppe zählten 275 Betriebe mit 1 000 bis 3 000, 55 mit 3 000 bis 5 000, 32 mit 5 000 bis 10 000 sowie 17 mit über 10 000 Legehennen. Bei einer näheren Betrachtung dieser Betriebe, die im Mittel mehr als 4 000 Tiere aufwiesen, zeigt sich, daß sie sich zu je einem Viertel auf die Größenklassen unter 5 ha, 5 bis 10 ha, 10 bis 20 ha sowie über 20 ha verteilten.

Seit 1960 haben sich bei den Legehennen verglichen mit den übrigen Nutztieren wohl die einschneidendsten Veränderungen in der Haltungsstruktur ergeben. Sie drücken sich darin aus, daß sich unter den Betrieben ab 2 ha LF die Zahl der hühnerhaltenden um die Hälfte reduzierte, während sich die Bestände um mehr als 30% erhöht haben. Die im Mittel pro Betrieb vorhandenen Hühner stiegen dadurch von 19 auf knapp 50 an. Betriebe mit weniger als 20 Tieren gab es 1960 noch doppelt so viel wie heute, die mit 20 bis 50 Tieren waren vor elf Jahren noch um 30% zahlreicher vertreten. Über Bestände von mehr als 500 Tieren verfügten damals nur rund 100 Betriebe, 1971 jedoch gut 570.

Unter den Regierungsbezirken hatte Rheinhessen-Pfalz mit nahezu 50% die meisten Legehennen in seinen Grenzen, gefolgt von den Bezirken Koblenz mit gut einem Drittel und Trier mit 16%. Durch die im Bezirk Koblenz wesentlich häufigeren Kleinhaltungen lag der Anteil der Betriebe hier mit 40% über dem von Rheinhessen-Pfalz (32%). Von den Haltungen mit über 1 000 Tieren hatten 168 den Sitz im Bezirk Koblenz, 148 in Rheinhessen-Pfalz und 63 in Trier.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

## Gesamtwirtschaftliche Produktionswerte und Vorleistungen 1960 - 1969

### Ländereinheitliche Methode

Als weiterer Abschnitt im Rahmen des Ausbaus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können jetzt erstmals auch die beiden wichtigsten Rechengrößen des Bruttoinlandsprodukts, Bruttoproduktionswert und Vorleistungen, vorgelegt werden. Die Angaben sind im Rahmen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nach einer ländereinheitlichen Methode erstellt worden und sowohl mit den entsprechenden Bundesergebnissen als auch den Zahlen für die übrigen Bundesländer voll vergleichbar.

Der *Bruttoproduktionswert* als umfassendster Ausdruck für die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft, wobei der staatliche und der private Sektor eingeschlossen sind, besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus dem wirtschaftlichen Umsatz der Wirtschaftsbereiche. Hinzugerechnet wird außer der Veränderung der Vorräte an Halb- und Fertigwaren aus eigener Erzeugung der Herstellungswert der selbsterstellten Anlagen.

Der *wirtschaftliche Umsatz* umfaßt die sich aus dem eigentlichen Betriebszweck ergebenden laufenden Verkäufe von eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie die sogenannten Nebengeschäfte (Erlöse aus Verkauf von Nebenerzeugnissen, Lizenz- und Provisions-

einnahmen) und den Weiterverkauf von Handelsware, den Eigenverbrauch und den Mietwert für Eigentümerwohnungen. Nicht im wirtschaftlichen Umsatz enthalten sind betriebsfremde Erträge, zum Beispiel aus Finanzgeschäften oder aus dem Verkauf von Anlagegütern.

Als *Vorratsveränderung* geht die Veränderung der Bestände an Vorprodukten (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Handelsware) und eigenen Erzeugnissen (Halb- und Fertigwaren) von Beginn bis Ende des Berichtszeitraums in die Berechnung ein. Die mengenmäßige Vorratsveränderung wird mit Durchschnittspreisen des Berichtszeitraums bzw. den Herstellungskosten der eigenen Erzeugnisse bewertet, um eine durch mögliche Preisbewegungen nicht beeinträchtigte reale Wertdifferenz zu erhalten.

Unter *selbsterstellten Anlagen* werden dauerhafte Produktionsmittel verstanden, die nicht über den Markt bezogen, sondern durch eigene Leistung erstellt werden, soweit ihre Nutzungsdauer über ein Jahr beträgt, und sie üblicherweise aktiviert und abgeschrieben werden. Ausgenommen sind geringwertige Güter.

Als *Vorleistungen*, die die Differenz zwischen Bruttoproduktionswert und Bruttoinlandsprodukt darstellen, ist der Wert der für Produktionszwecke bezogenen



Ware definiert, einschließlich der zu Einstandspreisen bewerteten Handelsware und Dienstleistungen, die auch die gegen Gebühren in Anspruch genommenen staatlichen Dienstleistungen einbeziehen. Die Vorleistungen gliedern sich in Materialverbrauch (verbraachte Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) und sogenannte sonstige Vorleistungen. Diese setzen sich aus den Kosten für Transport, Verpackung, Versicherung, Reisen, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Büromaterial, Instandhaltung durch Betriebsfremde sowie Sachkosten des eigenen Fuhrparks, Bankspesen und Beiträgen zu Wirtschaftsorganisationen zusammen.

### Vorleistungen machen drei Fünftel des Produktionswertes aus

Im Jahre 1969 erbrachte die rheinland-pfälzische Wirtschaft einen Bruttoproduktionswert von 82,6 Mrd. DM. Hierin sind Vorleistungen in Höhe von 49,5 Mrd. DM enthalten, woraus sich ein Bruttoinlandsprodukt von 33,2 Mrd. DM errechnet. Die gesamtwirtschaftliche Vorleistungsquote, das ist der Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert, stellt sich somit auf 59,9%. Im Vergleich zu 1960 ist der Bruttoproduktionswert auf mehr als das Doppelte (+ 114%) angewachsen. Da in dieser Zeit auch die Vorleistungen im gleichen Verhältnis zunahm (+ 113%), blieb die Vorleistungsquote über den gesamten Berichtszeitraum relativ konstant. Ihren höchsten Wert erreichte sie 1962 mit 60,3%, den niedrigsten 1967 mit 58,7%.

Wie differenziert die Produktionsprozesse bei Waren und Dienstleistungen sind, spiegeln sehr deutlich die unterschiedlichen Vorleistungsquoten der einzelnen Wirtschaftsbereiche wider. Nur in

verhältnismäßig geringem Umfang wird der Bruttoproduktionswert der Land- und Forstwirtschaft durch Vorleistungen geschmälert; 1969 stellte sich die Quote auf 39,0%, wobei die vom Volumen her allerdings unbedeutenden Bereiche Forstwirtschaft mit nur etwas mehr als 20% und Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung mit über 50% die Extremwerte aufweisen. Hauptsächlich die im Vergleich zu den Erzeugerpreisen überdurchschnittlich starke Zunahme der Preise für Vorleistungen führte dazu, daß der Wert der Vorleistungen in der Land- und Forstwirtschaft zwischen 1960 und 1969 wesentlich mehr zugenommen hat als der Produktionswert (+ 90% gegenüber + 38%). Hieraus resultiert eine in diesem Umfang von keinem anderen Wirtschaftsbereich aufzuweisende Zunahme der Vorleistungsquote um mehr als 10 Prozentpunkte; 1960 hatte diese noch 28,3% betragen.

Im produzierenden Gewerbe entfallen 56,4% des Bruttoproduktionswertes von 42,0 Mrd. DM 1969 auf Vorleistungen, und zwar 54,2% bei der Energiewirtschaft, 58,4% beim verarbeitenden Gewerbe und nur 41,9% beim stärker arbeitsintensiven Baugewerbe. Die meisten Zweige des verarbeitenden Gewerbes sind mit Vorleistungen zwischen 52 und 56% belastet, namentlich der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Feinmechanik und Herstellung von IBM-Waren, das Holz-, Papier- und Druckgewerbe, das Textilgewerbe sowie das Leder- und Bekleidungsgewerbe. Überdurchschnittlich hohe Quoten von jeweils mehr als zwei Drittel weisen erwartungsgemäß das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie die Eisen-

Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1960 und 1969  
(in jeweiligen Preisen)

Wirtschaftsbereich	Bruttoproduktionswert			Vorleistungen		Vorleistungsquote		Bruttoinlandsprodukt		
	1960	1969 <sup>P</sup>		1960	1969 <sup>P</sup>	1960	1969 <sup>P</sup>	1960	1969 <sup>P</sup>	
	Mill. DM	1960=100		Mill. DM		%		Mill. DM	1960=100	
Land- und Forstwirtschaft	2 033	2 801	138	576	1 092	28,3	39,0	1 457	1 709	117
Produzierendes Gewerbe	18 150	42 013	231	10 258	23 702	56,5	56,4	7 893	18 311	232
Energiewirtschaft	1 011	1 739	172	591	942	58,5	54,2	420	797	190
Verarbeitendes Gewerbe	15 251	35 753	234	8 839	20 868	58,0	58,4	6 412	14 885	232
Baugewerbe	1 888	4 522	239	828	1 893	43,9	41,9	1 061	2 629	248
Handel und Verkehr	12 800	24 375	190	9 739	18 459	76,1	75,7	3 062	5 916	193
Handel	11 287	21 790	193	9 207	17 553	81,6	80,6	2 081	4 237	204
Verkehr	1 513	2 585	171	532	906	35,2	35,0	981	1 678	171
Dienstleistungsunternehmen	2 715	6 715	247	1 240	2 865	45,7	42,7	1 475	3 850	261
Kreditinstitute	380	968	255	151	393	39,7	40,6	229	575	251
Wohnungsvermietung	653	2 004	307	257	779	39,4	38,9	396	1 226	309
Sonstige Dienstleistungen	1 682	3 743	223	832	1 693	49,5	45,2	850	2 050	241
Unternehmen insgesamt (ohne Abzug bez. der Vorsteuer auf Investitionen)	35 698	75 585	212	21 812	46 119	61,1	61,0	13 886	29 466	212
darunter: Handwerk	4 591	9 630	210	2 714	5 327	59,1	55,3	1 876	4 303	229
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	2 920	7 042	241	1 439	3 355	49,3	47,6	1 481	3 687	249
Staat	2 530	6 225	246	1 356	3 161	53,6	50,8	1 174	3 064	261
Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	390	817	209	83	194	21,3	23,7	307	623	203
Summe der Bereiche	38 618	82 946	215	.	.	.	.	15 367	33 473	218
Abzug bez. der Vorsteuer auf Investitionen	-	320	.	.	.	.	.	-	320	.
Insgesamt	38 618	82 627	214	23 251	49 474	60,2	59,9	15 367	33 153	216



**Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1960 - 1969**  
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Bruttoproduktionswert			Vorleistungen				Bruttoinlandsprodukt		
	Mill. DM	Ver- änderung z. Vorjahr in %	1960 = 100	Mill. DM	Ver- änderung z. Vorjahr in %	1960 = 100	Vor- leistungs- quote in %	Mill. DM	Ver- änderung z. Vorjahr in %	1960 = 100
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>										
1960	2 033	.	100	576	.	100	28,3	1 457	.	100
1961	2 027	- 0,3	100	612	6,3	106	30,2	1 415	- 2,9	97
1962	2 062	1,8	101	709	15,9	123	34,4	1 353	- 4,3	93
1963	2 092	1,5	103	713	0,5	124	34,1	1 379	1,9	95
1964	2 240	7,1	110	799	12,1	139	35,7	1 441	4,5	99
1965	2 359	5,3	116	874	9,3	152	37,0	1 486	3,1	102
1966	2 580	9,4	127	952	9,0	165	36,9	1 628	9,6	112
1967 <sup>P</sup>	2 568	- 0,5	126	991	4,0	172	38,6	1 577	- 3,1	108
1968 <sup>P</sup>	2 539	- 1,1	125	995	0,4	173	39,2	1 544	- 2,1	106
1969 <sup>P</sup>	2 801	10,3	138	1 092	9,8	190	39,0	1 709	10,7	117
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
1960	18 150	.	100	10 258	.	100	56,5	7 893	.	100
1961	19 386	6,8	107	10 838	5,7	106	55,9	8 548	8,3	108
1962	21 145	9,1	117	11 793	8,8	115	55,8	9 353	9,4	118
1963	22 642	7,1	125	12 581	6,7	123	55,6	10 061	7,6	127
1964	25 639	13,2	141	14 355	14,1	140	56,0	11 284	12,2	143
1965	28 321	10,5	156	15 760	9,8	154	55,6	12 561	11,3	159
1966	30 843	8,9	170	16 794	6,6	164	54,4	14 050	11,9	178
1967 <sup>P</sup>	32 106	4,1	177	17 546	4,5	171	54,7	14 561	3,6	184
1968 <sup>P</sup>	35 804	11,5	197	19 751	12,6	193	55,2	16 053	10,2	203
1969 <sup>P</sup>	42 013	17,3	231	23 702	20,0	231	56,4	18 311	14,1	232
<b>Handel und Verkehr</b>										
1960	12 800	.	100	9 739	.	100	76,1	3 062	.	100
1961	13 793	7,8	108	10 515	8,0	108	76,2	3 278	7,1	107
1962	15 057	9,2	118	11 448	8,9	118	76,0	3 609	10,1	118
1963	16 145	7,2	126	12 229	6,8	126	75,7	3 916	8,5	128
1964	17 320	7,3	135	13 126	7,3	135	75,8	4 194	7,1	137
1965	18 880	9,0	147	14 377	9,5	148	76,1	4 503	7,4	147
1966	19 498	3,3	152	14 751	2,6	151	75,7	4 747	5,4	155
1967 <sup>P</sup>	20 560	5,4	161	15 417	4,5	158	75,0	5 142	8,3	168
1968 <sup>P</sup>	21 777	5,9	170	16 353	6,1	168	75,1	5 424	5,5	177
1969 <sup>P</sup>	24 375	11,9	190	18 459	12,9	190	75,7	5 916	9,1	193
<b>Dienstleistungsunternehmen</b>										
1960	2 715	.	100	1 240	.	100	45,7	1 475	.	100
1961	3 083	13,6	114	1 362	9,8	110	44,2	1 721	16,7	117
1962	3 293	6,8	121	1 440	5,7	116	43,7	1 854	7,7	126
1963	3 818	15,9	141	1 645	14,3	133	43,1	2 172	17,2	147
1964	4 185	9,6	154	1 811	10,0	146	43,3	2 374	9,3	161
1965	4 856	16,0	179	2 112	16,7	170	43,5	2 744	15,6	186
1966	5 371	10,6	198	2 332	10,4	188	43,4	3 039	10,8	206
1967 <sup>P</sup>	5 690	5,9	210	2 430	4,2	196	42,7	3 259	7,2	221
1968 <sup>P</sup>	6 084	6,9	224	2 601	7,0	210	42,8	3 483	6,9	236
1969 <sup>P</sup>	6 715	10,4	247	2 865	10,1	231	42,7	3 850	10,5	261
<b>Staat, Private Haushalte</b>										
1960	2 920	.	100	1 439	.	100	49,3	1 481	.	100
1961	3 366	15,3	115	1 651	14,7	115	49,0	1 715	15,8	116
1962	3 863	14,8	132	1 988	20,4	138	51,5	1 875	9,4	127
1963	4 383	13,5	150	2 282	14,8	159	52,1	2 101	12,0	142
1964	4 514	3,0	155	2 250	- 1,4	156	49,8	2 264	7,8	153
1965	5 014	11,1	172	2 482	10,4	173	49,5	2 531	11,8	171
1966	5 633	12,4	193	2 728	9,9	190	48,4	2 905	14,8	196
1967 <sup>P</sup>	5 856	4,0	201	2 829	3,7	197	48,3	3 027	4,2	204
1968 <sup>P</sup>	6 243	6,6	214	2 987	5,6	208	47,8	3 257	7,6	220
1969 <sup>P</sup>	7 042	12,8	241	3 355	12,3	233	47,6	3 687	13,2	249
<b>Insgesamt</b>										
1960	38 618	.	100	23 251	.	100	60,2	15 367	.	100
1961	41 654	7,9	108	24 977	7,4	107	60,0	16 677	8,5	109
1962	45 421	9,0	118	27 378	9,6	118	60,3	18 043	8,2	117
1963	49 080	8,1	127	29 451	7,6	127	60,0	19 629	8,8	128
1964	53 898	9,8	140	32 340	9,8	139	60,0	21 558	9,8	140
1965	59 430	10,3	154	35 605	10,1	153	59,9	23 824	10,5	155
1966	63 926	7,6	166	37 557	5,5	162	58,8	26 369	10,7	172
1967 <sup>P</sup>	66 779	4,5	173	39 213	4,4	169	58,7	27 566	4,5	179
1968 <sup>P</sup>	72 239	8,2	187	42 687	8,9	184	59,1	29 552	7,2	192
1969 <sup>P</sup>	82 627	14,4	214	49 474	15,9	213	59,9	33 153	12,2	216



Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttoinlandsprodukt in den Ländern des Bundesgebiets 1960 und 1969  
(in jeweiligen Preisen)

Land	Bruttoproduktionswert			Vorleistungen		Vorleistungsquote		Bruttoinlandsprodukt		
	1960	1969 <sup>P</sup>		1960	1969 <sup>P</sup>	1960	1969 <sup>P</sup>	1960	1969 <sup>P</sup>	
	Mill. DM	1960=100		Mill. DM		%		Mill. DM	1960=100	
Schleswig-Holstein	26 569	53 982	203	16 811	33 901	63,3	62,8	9 758	20 081	206
Hamburg	51 978	92 031	177	35 788	62 639	68,9	68,1	16 190	29 391	182
Niedersachsen	85 650	163 213	191	54 199	101 904	63,3	62,4	31 451	61 309	195
Bremen	16 401	28 239	172	11 313	19 011	69,0	67,3	5 088	9 229	181
Nordrhein-Westfalen	271 580	484 358	178	178 592	312 714	65,8	64,6	92 988	171 645	185
Hessen	67 682	141 796	210	41 995	86 691	62,0	61,1	25 686	55 106	215
Rheinland-Pfalz	38 618	82 627	214	23 251	49 474	60,2	59,9	15 367	33 153	216
Baden-Württemberg	112 551	229 991	204	69 844	139 164	62,1	60,5	42 707	90 827	213
Bayern	115 401	248 875	216	69 940	148 097	60,6	59,5	45 462	100 777	222
Saarland	13 667	22 665	166	8 197	13 575	60,0	59,9	5 470	9 090	166
Berlin (West)	30 303	53 782	177	17 920	30 510	59,1	56,7	12 383	23 272	188
Bundesgebiet	830 400	1 601 560	193	527 850	997 680	63,6	62,3	302 550	603 880	200

und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung auf. Auch Chemie und Mineralölverarbeitung rangieren mit rund 60% noch über dem Durchschnitt, während beim Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe sogar weniger als die Hälfte des Produktionswertes Vorleistungen sind. Die Vorleistungsquote des produzierenden Gewerbes blieb während des vergangenen Jahrzehnts nahezu konstant.

Im Sektor *Dienstleistungen* sind infolge der hier überwiegenden Arbeitsintensität die Vorleistungsquoten deutlich niedriger als in den produzierenden Bereichen. Eine Ausnahme bildet natürlich der Handel, der unter allen Wirtschaftsbereichen die höchste Quote aufweist, denn sowohl im Großhandel und in der Handelsvermittlung als auch im Einzelhandel beträgt das Bruttoinlandsprodukt nur etwa ein Fünftel des Produktionswertes. Mit rund 50% verhältnismäßig hoch ist die Vorleistungsquote auch noch beim Staat, überwiegend infolge der hierzu zählenden Sozialversicherung, deren Bruttoinlandsprodukt nur etwa den zehnten Teil des Bruttoproduktionswertes ausmacht. Verkehr, Kreditinstitute, Wohnungsvermietung und Dienstleistungsgewerbe - hierzu zählen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik, Gesundheits- und Veterinärwesen sowie übrige Dienstleistungen - weisen einen Vorleistungsanteil zwischen 35 und 45% aus, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter sogar nur einen solchen von einem Viertel.

#### Deutliche länderspezifische Unterschiede

Der im Bundesgebiet im Jahre 1969 erwirtschaftete Bruttoproduktionswert beziffert sich auf 1,602 Billionen DM. Das entspricht einer Steigerung ge-

genüber 1960 um 93%. Im gleichen Zeitraum nahmen die Vorleistungen etwas schwächer um 89% auf 998 Mrd. DM zu. Aus diesen Werten resultiert eine Vorleistungsquote von 62,3% und ein Bruttoinlandsprodukt von 604 Mrd. DM. Die länderspezifischen Zuwachsraten des Bruttoproduktionswertes und der Vorleistungen divergieren sehr stark, während innerhalb eines jeden Landes das Wachstum von Produktionswert und Vorleistungen nahezu identisch ist. Das stärkste Wachstum des Bruttoproduktionswertes im vergangenen Jahrzehnt verzeichneten Bayern (+ 116%), Rheinland-Pfalz (+ 114%) und Hessen (+ 110%), das geringste hatten das Saarland (+ 66%) und Bremen (+ 72%). Auch bei den Vorleistungsquoten bestehen zwischen den Länderegebnissen deutliche Unterschiede, deren Gründe in erster Linie in der wirtschaftlichen Struktur des jeweiligen Landes zu suchen sind. So haben die Länder mit überdurchschnittlicher Bedeutung solcher Wirtschaftszweige, deren Vorleistungsquote sehr hoch ist (Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel, Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie Sozialversicherung), auch überdurchschnittlich hohe gesamtwirtschaftliche Vorleistungsquoten. Dies gilt namentlich für die beiden Stadtstaaten Hamburg (68,1%) und Bremen (67,3%), wo Handel sowie Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen einen wichtigen Anteil an der wirtschaftlichen Leistung haben, und für Nordrhein-Westfalen, wo aus dem Gewicht der Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung eine Vorleistungsquote von 64,6% resultiert. Die mit Abstand geringste Quote von 56,7% wurde in Berlin festgestellt.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern ( \* ) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Bevölkerung und Erwerbs- tätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 671	3 672	3 677	3 679	3 685	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 305	2 256	3 021	2 911	2 197	2 464	2 446	2 865 <sup>p</sup>	2 405 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,1	9,7	9,3	7,3	8,1	7,8 <sup>p</sup>	9,2 <sup>p</sup>	7,9 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	4 159	3 837	2 796	3 799	3 742	3 557	3 481	3 594 <sup>p</sup>	3 248 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,5	12,2	12,2	12,4	11,7	11,1 <sup>p</sup>	11,5 <sup>p</sup>	10,7 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 641	3 667	3 510	3 365	3 400	3 488	3 446	3 434 <sup>p</sup>	3 350 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,0	11,3	10,8	11,2	11,5	11,0 <sup>p</sup>	11,0 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	103	88	84	81	80	74	93	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	25,4	22,9	22,1	21,3	21,4	20,8	26,7	...	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	418	170	286	434	342	69	35	160 <sup>p</sup>	- 102 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	1,1	0,5	0,9	1,4	1,1	0,2	0,1 <sup>p</sup>	0,5 <sup>p</sup>	- 0,3 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	10 822	10 580	11 587	13 196	12 718	10 172	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	9 084	9 119	9 299	8 971	11 380	8 891	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 738	1 461	2 288	4 225	1 338	1 281	...	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 245	10 351	11 492	12 205	12 683	9 879	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	9,5	10,9	7,0	7,2	7,2	8,9	9,2	8,8	8,5
* Männer	1 000	6,5	6,6	3,4	3,7	3,6	4,5	4,8	4,7	4,4
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	905	621	75	91	129	86	92	116	148
Bauberufe	Anzahl	933	859	230	240	245	317	342	284	267
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 705	5 254	3 222	3 104	3 066	4 377	4 077	3 784	3 560
Offene Stellen	Anzahl	33 113	27 650	31 084	29 491	28 212	30 279	29 339	29 682	30 134
Männer	Anzahl	20 838	17 617	19 707	19 179	18 612	18 300	17 881	18 343	19 060
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	461	366	316	293	379	295	289	252	371
Bauberufe	Anzahl	3 110	2 663	2 979	2 870	2 729	2 814	2 802	3 054	3 388
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	16 790	12 159	13 799	13 320	12 609	13 011	12 948	13 022	13 549
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	726	687	.	.	.	698	.	.	.
* Milchkühe	1 000	266	252	.	.	.	252	.	.	.
* Schweine	1 000	827	741	.	.	810	708	.	.	743
* Zuchtsauen	1 000	77	69	.	.	72	72	.	.	73
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	46	42	.	.	42	45	.	.	43
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	20	20	17	20	20	14	14	15	14
* Kälber	1 000	2	2	2	2	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	100	103	89	98	92	88	95	89	86
* Hausschlachtungen	1 000	20	21	8	7	12	9	8	8	11
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,9	12,0	11,3	13,0	12,0	10,5	11,2	11,0	10,3
* Rinder	1 000 t	5,2	5,1	4,6	5,3	5,4	3,9	3,9	4,2	3,9
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,5	6,7	6,5	7,5	6,5	6,4	7,2	6,7	6,3
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	320	197	101	112	205	89	79	165	160
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	50	44	57	47	45	67	59	70	54
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	83	79	84	80	72	89	86	83	76
* an Molkereien geliefert	%	79,5	80,8	82,9	83,7	83,3	85,6	84,4	85,2	85,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,7	10,0	10,4	9,9	9,2	11,7	11,0	10,7	10,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 005	3 059	3 069	3 065	3 067	3 058	3 051	3 050	3 048
* Beschäftigte	1 000	407	408	407	410	411	401	403	407	406
* Arbeiter 2)	1 000	306	304	304	306	306	296	298	300	298
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	48 379	46 972	46 445	45 049 <sup>r</sup>	49 102	46 035	42 051	46 367	46 378
Löhne und Gehälter	Mill. DM	491	541	550	537	536	608	585	588	570
* Löhne	Mill. DM	328	357	365	360	358	396	383	393	373
* Gehälter	Mill. DM	163	184	185	177	178	212	202	195	197
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	103	87	75	78	77	74	73	71	63
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	136	116	92	147	159	175	146	180
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	31	19	18	19	17	6	5	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	56	117	98	73	130	153	170	143	177
* Heizölverbrauch	1 000 t	195	201	168	158	177	169	162	172	184
* leichtes Heizöl	1 000 t	36	40	29	28	34	30	27	28	34
* schweres Heizöl	1 000 t	159	161	139	130	143	139	135	144	150
* Stromverbrauch	Mill. kWh	788	804	817	804	786	840	836	857	838
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	313	297	260	263	257	264	267	278	270
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 331	2 565	2 560	2 451	2 752	2 802	2 654	2 851	2 936
* Auslandsumsatz	Mill. DM	504	535	537	489	545	654	579	596	625
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	200	212	207 <sup>r</sup>	199 <sup>r</sup>	215	239	225	219	242 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	210	222	212	204	221	248	235	228	253 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	211	223	213	205	223	251	237	230	254 <sup>p</sup>
* Energiewirtschaft	1962 = 100	175	204	192	177	192	205	202	195	226 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	219	234	230	219	237	273	259	251	277
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	154	165	191	184	196	211	200	197	209
Chemische Industrie	1962 = 100	256	276	260	251	272	318	306	298	327
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	280	288	261	258	269	323	316	278	311
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	237	242	200	221	216	284	324	267	265
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	162	170	155	159	177	177	164	174	193
Schuhindustrie	1962 = 100	111	108	99	115	121	71	94	109	108
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	162	178	177 <sup>r</sup>	147 <sup>r</sup>	176	177	150	165	181
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	148	157	178 <sup>r</sup>	171 <sup>r</sup>	183	186	173	167	184
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	103	101	.	.	...
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	181	207	.	.	206	212	.	.	...
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	177	208	.	.	210	209	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	233	176	122	110	117	181	149	...	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 039	1 181	1 188	1 108	1 137	1 123	1 180	1 191	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	332	330	281	262	285	305	339	331	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	928	1 015	1 020	946	960	985	978	999	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,7	0,6	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4
Gasbezug 4)	Mill. cbm	118	192	106	89	137	183	189	165	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	118	193	106	89	138	183	189	166	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 398	89 276	91 338	91 355	91 226	90 141	90 436	90 569	90 442
Facharbeiter	Anzahl	48 493	48 428	49 213	49 277	49 354	50 583	49 584	48 816	48 796
Helfer und Hilfsarbeiter	Anzahl	26 582	26 438	27 723	27 701	27 373	25 000	26 183	26 856	26 630
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 871	13 257	15 665	15 035	16 077	15 139	13 973	14 764	14 852
Privater Bau	1 000	7 113	7 511	8 704	8 449	9 039	8 982	8 182	8 662	6 699
Wohnungsbau	1 000	4 623	4 906	5 749	5 501	5 931	6 103	5 462	5 921	5 903
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	164	143	168	177	199	132	156	149	158
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 326	2 462	2 787	2 771	2 909	2 747	2 564	2 592	2 638
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 758	5 746	6 961	6 586	7 038	6 157	5 791	6 102	6 153
Hochbau	1 000	1 311	1 427	1 669	1 599	1 728	1 537	1 361	1 481	1 513
Tiefbau	1 000	4 447	4 319	5 292	4 987	5 310	4 620	4 430	4 621	4 640
Straßenbau	1 000	2 180	2 007	2 518	2 450	2 551	2 267	2 098	2 203	2 200
Löhne und Gehälter	Mill. DM	100	115	133	130	133	140	137	145	142
* Löhne	Mill. DM	90	103	122	119	122	128	124	132	129
* Gehälter	Mill. DM	10	12	11	11	11	12	13	13	13
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	256	325	315	320	319	337	317	349	361

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1972 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 143	1 314	1 559	1 554	1 507	1 746	1 463	1 887	1 549
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 034	1 178	1 398	1 386	1 352	1 585	1 315	1 682	1 401
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 244	1 489	1 730	1 890	1 625	2 019	1 585	2 441	1 718
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	151	203	239	269	225	300	243	333	261
* Wohnfläche	1 000 qm	213	255	292	333	280	344	274	380	302
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	273	251	318	266	251	289	260	307	250
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 279	1 186	1 439	947	1 195	1 121	1 074	1 056	1 007
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	99	126	193	101	114	140	127	103	103
* Nutzfläche	1 000 qm	207	200	270	174	220	203	167	204	173
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 479	2 997	3 483	4 050	3 237	4 292	3 234	4 517	3 436
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	116	122	.	124	.	.	.	124	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	155	175	.	178	.	.	.	191	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	158	176	.	180	.	.	.	196	.
Leichttrennwand	1962 = 100	158	179	.	184	.	.	.	200	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	149	164	.	168	.	.	.	178	.
Beton für Wände	1962 = 100	154	170	.	174	.	.	.	184	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	124	132	.	133	.	.	.	138	.
Innenwandputz	1962 = 100	164	180	.	184	.	.	.	202	.
Deckenputz	1962 = 100	162	174	.	177	.	.	.	195	.
Außenwandputz	1962 = 100	171	185	.	187	.	.	.	208	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	139	153	.	158	.	.	.	173	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	151	170	.	170	.	.	.	180	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	566,3	633,4	662,9 <sup>z</sup>	568,9	612,7	769,5	682,7	688,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	18,8	20,1	24,0	21,1	20,3	27,7	22,3	26,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	547,4	613,3	638,9	547,8	592,5	741,9	660,4	661,4	...
* Rohstoffe	Mill. DM	9,7	10,1	10,5	9,7	10,2	13,7	9,3	9,5	...
* Halbwaren	Mill. DM	29,6	36,2	39,7	30,0	30,8	30,4	36,3	35,5	...
* Fertigwaren	Mill. DM	508,2	567,1	588,8	508,1	551,6	697,8	614,8	616,3	...
* Vorzeugnisse	Mill. DM	195,9	211,8	213,2	188,4	209,5	242,8	211,1	228,5	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	312,3	355,3	375,6	319,7	342,1	455,0	403,7	387,4	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG-Länder	Mill. DM	217,6	253,3	259,6	206,8	250,4	304,5	264,8	245,7	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	38,9	43,6	41,9	36,6	44,1	49,9	47,5	47,9	...
Frankreich	Mill. DM	83,0	101,9	114,6	84,7	98,4	123,9	104,7	83,7	...
Italien	Mill. DM	47,6	54,7	50,9	37,4	53,4	68,6	67,1	56,7	...
Niederlande	Mill. DM	48,2	53,2	52,1	48,2	54,4	62,1	45,5	57,4	...
* EFTA-Länder	Mill. DM	120,4	136,0	133,2	118,3	131,9	161,3	140,7	154,4	...
Dänemark	Mill. DM	12,3	13,1	12,3	12,5	11,9	9,8	13,6	14,5	...
Großbritannien	Mill. DM	22,7	29,4	26,9	22,2	28,6	41,3	34,4	37,4	...
Österreich	Mill. DM	23,3	26,1	26,5	23,0	25,5	36,1	27,3	30,2	...
Schweden	Mill. DM	17,0	16,9	13,9	16,5	16,8	19,8	14,4	21,5	...
Schweiz	Mill. DM	33,4	38,1	39,9	32,1	37,2	41,8	38,2	41,1	...
USA und Kanada	Mill. DM	36,7	45,5	57,9	65,2	47,3	53,6	45,1	55,3	...
Ostblockländer	Mill. DM	23,0	22,2	23,0	21,0	16,9	50,1	36,8	30,4	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	390,8	455,8	448,7	408,5	448,9	504,5	439,8	436,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	62,1	74,1	66,8	62,2	72,9	78,8	60,5	66,6	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,7	381,7	381,9	346,3	376,0	425,7	379,3	370,1	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	97	96	94	96	97	97	96	101	...
* Umsatz	1962 = 100	158	170	175	152	164	179	182	184	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	229	241	255	206	214	226	258	249	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	138	143	131	134	165	171	169	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	146	161	158	119	152	148	163	158	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	170	189	179	181	200	189	197	212	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	152	153	150	142	140	144	141	172	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	154	181	207	156	185	209	175	168	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	113	113	123	121	118	117	118	128	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	197	211	227	246	244	240	249	285	...
* Umsatz	1962 = 100	162	174	211	210	210	215	234	239	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	212	246	363	372	390	383	410	402	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	156	164	194	196	196	203	221	227	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	244	257	431	413	409	331	411	386	...
* Auslandsgäste	1 000	58	56	165	123	87	78	142	107	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	888	949	1 721	1 635	1 466	1 312	1 798	1 581	...
* Auslandsgäste	1 000	131	131	413	272	178	200	399	272	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 311	3 150	3 801	3 779	3 326	3 706	3 567	3 634	3 244
* Güterempfang	1 000 t	1 582	1 547	1 847	1 838	1 585	1 853	1 694	1 685	1 617
* Güterversand	1 000 t	1 729	1 603	1 954	1 941	1 741	1 853	1 873	1 694	1 627
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 594	4 358	4 588	4 545	4 571	4 129	4 102	3 668	4 443
Ladung	1 000 t	2 836	2 764	3 550	3 139	2 792	3 308	3 331	2 821	2 567
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	87	67	81	72	65	83	83	80	59
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 894	4 709	4 884	4 928	4 852	4 499	4 438	4 190	4 637
Ladung	1 000 t	1 464	1 182	1 495	1 386	1 244	1 445	1 267	1 402	1 095
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	85	62	76	67	61	80	80	76	54
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 108	11 440	13 049	8 040	10 814	14 531	10 867	9 398	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	47	93	144	146	86	272	244	211	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 856	10 198	11 795	7 059	9 562	13 115	9 659	8 381	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	696	687	724	510	679	721	608	447	...
Zugmaschinen	Anzahl	450	398	299	277	412	355	311	294	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	366	416	834	353	287	807	722	367	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	24 891	26 272	23 839	21 708	28 609	27 265	23 992	24 023	29 213
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 307	22 828	21 009	19 408	24 087	22 519	21 277	20 643	23 770
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 182	2 997	2 196	1 758	3 935	3 872	1 956	2 677	4 776
Berufsverkehr	1 000	747	844	760	851	1 106	880	802	724	1 113
Gelegenheitsverkehr	1 000	402	447	634	542	587	874	759	703	667
Ausflugsfahrten	1 000	93	97	159	140	133	167	255	146	137
Ferienziel - Reisen	1 000	1	2	4	5	3	3	5	6	5
Mietwagenverkehr	1 000	308	348	471	397	451	704	499	551	525
Wagenkilometer	1 000	11 020	11 705	13 046	11 903	13 518	14 434	12 212	12 945	14 478
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Anzahl		7 399	7 235	7 816	7 394	7 622	8 190	7 605	7 811	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 871	1 825	2 206	2 018	2 066	2 248	2 147	2 102	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 528	5 410	5 610	5 376	5 556	5 942	5 458	5 709	...
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 627	4 393	4 613	4 338	4 518	4 639	4 252	4 493	...
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	900	1 017	997	1 038	1 038	1 303	1 206	1 216	...
* Getötete Personen	Anzahl	100	103	137	109	121	117	132	101	...
Pkw - Insassen	Anzahl	54	55	78	56	61	72	78	56	...
Fußgänger	Anzahl	27	28	28	22	30	23	23	14	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 720	2 639	3 217	3 019	3 021	3 221	3 185	3 051	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 813	1 769	2 052	1 999	1 902	2 057	2 098	1 920	...
Fußgänger	Anzahl	370	319	342	287	343	380	306	336	...
Schwerverletzte	Anzahl	924	913	1 119	1 093	1 049	1 081	1 177	1 110	...
Pkw - Insassen	Anzahl	528	552	651	646	602	617	731	627	...
Fußgänger	Anzahl	182	162	171	163	180	176	146	166	...
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	37 629	42 452	33 631	40 511	43 511	47 037	37 590	37 486	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 129	1 137	966	1 032	1 117	874	838	1 006	...
Telegramme	1 000	60	51	58	56	52	41	42	42	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1068 962	1101 076	1123 576	1058 831	1043 710	1102 849	1159 714	1143 666	...
Lastschriften	1 000 DM	1065 972	1101 741	1135 022	1042 888	1043 556	1086 771	1149 556	1144 951	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	15 671	18 444	24 069	22 010	18 689	21 914	27 253	24 279	...
Auszahlungen	1 000 DM	15 635	20 753	23 146	23 016	23 567	24 171	26 070	26 890	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 096	1 073	1 066	1 066	1 067	1 089	1 090	1 092	...
Fernsehrundfunk	1 000	938	956	945	947	948	975	976	976	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	19 655	22 898	21 200	21 518	21 922	24 312	24 502	24 695	25 203
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	19 346	22 590	20 898	21 208	21 606	24 026	24 223	24 416	24 930
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 061	5 658	5 362	5 363	5 494	5 941	5 890	5 844	6 094
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 936	5 479	5 180	5 207	5 300	5 731	5 716	5 689	5 914
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	125	179	183	156	194	210	175	156	179
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 088	2 906	2 492	2 632	2 687	3 049	3 043	3 115	3 161
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 959	2 670	2 281	2 410	2 460	2 777	2 740	2 800	2 841
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	129	236	211	222	227	272	303	315	320
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	12 197	14 026	13 043	13 213	13 425	15 035	15 290	15 456	15 676
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 707	10 862	10 187	10 293	10 497	11 571	11 733	11 864	12 055
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 490	3 164	2 857	2 920	2 928	3 464	3 557	3 592	3 621
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	17 801	20 581	19 102	19 296	19 333	21 478	22 059	22 279	22 301
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 898	7 125	6 606	6 663	6 642	7 331	7 808	7 900	7 852
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 824	5 963	5 369	5 353	5 409	6 025	6 440	6 465	6 458
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 074	1 162	1 237	1 310	1 233	1 306	1 368	1 435	1 393
* Spareinlagen	Mill. DM	10 493	12 013	11 064	11 189	11 242	12 688	12 787	12 912	12 980
* bei Sparkassen	Mill. DM	6 650	7 502	6 929	6 996	7 020	7 854	7 901	7 970	8 001
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	587	678	736	648	588	648	793	695	612
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	498	557	679	535	541	553	700	572	546
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	16	17	21	16	18	17	12	14
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 668	6 041	10 642	2 844	6 755	3 196	2 013	2 049	1 182
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	2	3	-	2	-	-	1
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 652	1 578	1 680	1 580	1 572	1 643	1 600	1 502	1 410
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	4 041	5 061	4 101	4 093	4 947	5 323	4 931	3 787
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	394 473	454 593	398 871	417 948	555 811	623 593	391 652	519 309	670 087
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	254 214	290 364	233 640	258 343	406 480	456 559	177 829	356 368	500 514
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	143 909	179 517	135 925	217 848	150 567	150 461	143 247	249 223	193 593
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	15 749	26 593	-	71 220	-	-	-	84 380	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	62 924	70 011	14 079	4 384	190 012	212 431	25 808	9 779	224 059
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 478	9 032	81 203	5 684	664	5 030	6 163	60 791	- 1 045
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	38 904	31 805	2 433	30 427	65 237	88 637	2 611	36 575	83 907
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 879	8 341	-	19 033	-	-	-	28 317	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	140 259	164 228	165 231	159 605	149 331	167 034	213 823	162 941	169 573
* Umsatzsteuer	1 000 DM	104 655	124 447	113 037	120 255	116 491	130 506	126 326	125 221	131 784
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	35 604	39 781	52 194	39 350	32 840	36 528	87 497	37 720	37 789
* Bundessteuern	1 000 DM	87 188	94 786	101 765	106 843	99 320	104 978	108 086	90 281	99 707
* Zölle	1 000 DM	10 773	8 301	13 176	6 789	6 374	5 206	12 351	5 409	5 631
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	68 394	77 709	80 050	93 900	80 838	88 383	91 058	79 240	82 202
* Landessteuern	1 000 DM	38 529	40 669	36 756	53 562	30 912	37 526	38 399	59 855	37 516
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 801	9 302	1 551	24 431	- 356	1 570	1 492	25 466	1 189
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	19 391	21 027	23 032	17 878	20 458	24 432	26 626	22 310	24 773
* Biersteuer	1 000 DM	5 531	5 751	6 234	7 101	6 910	6 735	6 436	6 888	6 987
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	208 603	239 504	.	.	249 835	277 239	.	.	303 038
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 522	8 597	.	.	10 164	10 430	.	.	10 628
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	28 967	30 745	.	.	37 441	35 874	.	.	42 420
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	137 583	163 951	.	.	166 348	193 730	.	.	206 837
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 664	14 661	.	.	14 809	14 881	.	.	16 594
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	307 170	348 440	352 024	335 611	383 593	416 687	357 072	360 186	432 058
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	106 321	113 615	179 399	202 876	77 080	160 054	221 021
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	98 181	114 960	115 662	111 724	104 532	108 584	139 001	105 926	111 056
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	28 276	3 429	342	249	32 905	3 925	274
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	221 504	248 273	231 620	238 028	291 748	330 087	224 309	304 702	335 857
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	106 321	113 615	179 399	202 861	77 056	160 025	221 021
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	61 173	68 910	60 267	67 422	81 095	89 451	75 949	80 897	77 046
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	28 276	3 429	342	249	32 905	3 925	274
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	229 964	282 132	.	.	276 480	326 051	.	.	337 850
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	82 544	98 274	.	.	102 256	124 603	.	.	132 916
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	76 400	108 305	.	.	90 737	117 939	.	.	108 733

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	261	288	294	.	.	318	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	286	314	321	.	.	347	.	.	
* Facharbeiter	DM	304	335	341	.	.	369	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	278	305	312	.	.	335	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	238	262	270	.	.	294	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	170	190	192	.	.	210	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	160	180	183	.	.	199	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	5,85	6,54	6,64	.	.	7,22	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	6,26	6,99	7,08	.	.	7,71	.	.	
* Facharbeiter	DM	6,65	7,43	7,52	.	.	8,21	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	6,09	6,78	6,87	.	.	7,45	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	5,22	5,85	5,96	.	.	6,48	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	4,18	4,72	4,77	.	.	5,22	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	3,91	4,44	4,48	.	.	4,90	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,5	43,8	44,3	.	.	44,0	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	45,6	45,0	45,4	.	.	45,0	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	40,3	.	.	40,3	.	.	
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	40,2	38,4	37,3	.	.	34,9	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	41,2	39,3	38,7	.	.	36,4	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	36,3	34,5	32,1	.	.	29,2	.	.	
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 388	1 540	1 564	.	.	1 696	.	.	
* männlich	DM	1 250	1 388	1 408	.	.	1 531	.	.	
* weiblich	DM	1 515	1 672	1 688	.	.	1 839	.	.	
* männlich	DM	961	1 078	1 099	.	.	1 197	.	.	
* weiblich	DM	1 615	1 783	1 815	.	.	1 950	.	.	
* männlich	DM	1 665	1 835	1 867	.	.	2 007	.	.	
* weiblich	DM	1 106	1 248	1 276	.	.	1 371	.	.	
im Handel, Kredit und Versicherungs-										
Kaufmännische Angestellte	DM	943	1 052	1 064	.	.	1 170	.	.	
* männlich	DM	938	1 046	1 058	.	.	1 161	.	.	
* weiblich	DM	1 235	1 379	1 390	.	.	1 513	.	.	
* männlich	DM	736	824	834	.	.	926	.	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 181	1 312	1 330	.	.	1 448	.	.	
* männlich	DM	1 070	1 189	1 204	.	.	1 313	.	.	
* weiblich	DM	1 371	1 521	1 534	.	.	1 668	.	.	
* männlich	DM	820	917	930	.	.	1 023	.	.	
* weiblich	DM	1 590	1 767	1 799	.	.	1 927	.	.	
* männlich	DM	1 644	1 820	1 852	.	.	1 983	.	.	
* weiblich	DM	1 071	1 228	1 256	.	.	1 346	.	.	
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 113	1 124	1 120	1 128	1 131	1 124	1 126	1 135	1 119
Pflichtmitglieder	1 000	672	677	673	680	683	672	672	681	682
Rentner	1 000	350	361	360	361	361	367	368	368	368
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,1	4,8	4,3	4,3	4,8	4,7	4,4	4,9	5,0
Männer	%	5,2	4,9	4,5	4,4	4,9	4,8	4,5	5,0	5,1
Frauen	%	4,9	4,6	4,0	4,1	4,7	4,4	4,0	4,5	4,7
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	368 909	381 361	378 213	382 238	384 269	393 848	395 070	396 117	396 604
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	102 883	111 773	109 504	112 258	113 515	121 731	122 849	123 267	123 695
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 988	8 462	4 959	4 851	4 955	6 946	6 231	5 844	5 830
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 154	7 728	4 289	4 143	4 241	5 944	5 221	4 911	4 925
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	3 937	5 273	3 234	3 591	2 255	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	3 700	4 924	2 885	3 177	2 030	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	160	157	.	.	156	153	.	.	152
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	34 078	36 458	36 527	36 516	36 092	38 433	38 117	38 045	38 090

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	60 651	61 281 <sup>p</sup>	61 294	61 339	61 388	61 633	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	37 043	35 951 <sup>p</sup>	36 525 <sup>p</sup>	46 146 <sup>p</sup>	43 400 <sup>p</sup>	44 622 <sup>p</sup>	39 116 <sup>p</sup>	37 763 <sup>p</sup>	41 265 <sup>p</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	67 567	64 709 <sup>p</sup>	67 077 <sup>p</sup>	65 957 <sup>p</sup>	63 519 <sup>p</sup>	64 172 <sup>p</sup>	60 706 <sup>p</sup>	60 463 <sup>p</sup>	58 260 <sup>p</sup>
Gestorbene 3)	Anzahl	61 237	60 617 <sup>p</sup>	57 598 <sup>p</sup>	59 216 <sup>p</sup>	56 532 <sup>p</sup>	60 319 <sup>p</sup>	56 552 <sup>p</sup>	59 402 <sup>p</sup>	56 932 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	6 330	4 092 <sup>p</sup>	9 479 <sup>p</sup>	6 741 <sup>p</sup>	6 987 <sup>p</sup>	3 853 <sup>p</sup>	4 154 <sup>p</sup>	1 061 <sup>p</sup>	1 328 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	149	185	135	142	146	208	190	197	198
Männer	1 000	93	101	63	69	71	108	100	106	107
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 969	19 985	20 397	.	.	.	20 070	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	293	308	325	289	312	329	277	275	288
Milcherzeugung	1 000 t	1 821	1 764	1 970	1 931	1 796	2 164	2 024	1 941	1 832 <sup>p</sup>
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 603	8 538	8 523	8 530	8 551	8 321	8 320	8 320	8 345
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 020	977	971	955	897	941	952	878	883
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44 072	46 919	47 946	46 820	42 899	49 057	51 255	46 800	47 194
Auslandsumsatz	Mill. DM	8 506	9 166	9 575	9 434	7 896	9 764	10 264	9 246	8 954
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	157	160	167	151	140	171	169	154	144 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	158	161	167	151	139	171	169	153	143 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	157	159	167	150	138	169	168	152	141 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	193	205	183	172	170	214	196	187	191 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	99	102	100	93	92	94	91	84	83 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	161	163	171	154	141	175	173	157	145 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	179	182	193	180	174	196	200	188	181 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	160	159	172	148	122	169	167	144	126 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	148	154	155	136	130	167	160	144	134 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	139	146	144	139	138	154	146	142	136 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	139	141	168	156	149	175	168	160	149 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 273	9 233	8 792	8 690	8 919	8 688	8 643	7 714	8 558
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 981	8 454	8 479	8 539	8 364	8 877	8 843	9 195	9 052
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 802	2 499	2 676	2 677	2 579	2 676	2 794	2 809	2 795
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 698	3 305	3 592	3 568	3 385	3 501	3 806	3 764	3 830
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 686	2 393	2 536	2 567	2 500	2 640	2 728	2 562	2 866
Stromerzeugung	Mill. kWh	20 218	21 379	12 630	12 527	12 465	15 276	13 999	13 735 <sup>p</sup>	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 804	6 878	6 408	6 372	6 208	6 633	6 366	6 319 <sup>p</sup>	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 529	1 550	1 581	1 588	1 594	1 535	1 544	1 546	1 554
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	231	243	242	231	234	237	221	222
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 602	6 061	5 379	5 647	5 786	5 329	6 254	6 083	6 296
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	50 780	58 809	66 175	66 404	68 815	63 798	75 178	72 410	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	170	188	176	190	166	199	195	197	194
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	...	...	...	...	111	112	104	111
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	138	148	154	165	169	167	164	174	175
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	9 134	10 010	10 548	10 412	8 988	11 175	11 200	10 019	10 038
Ausfuhr	Mill. DM	10 440	11 333	11 485	11 808	10 323	12 490	12 435	11 642	11 340
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 306	1 323	937	1 397	1 335	1 316	1 234	1 623	1 342

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	92	96	94	87	90	93	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	100	96	119	108	104	107	115	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	100	96	95	99	90	93	100	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	104	102	106	95	96	104	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	100	103	103	90	84	104	105	...	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	36 889	40 292	37 412	39 208	38 631	40 791	42 715	43 504	42 995 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	525 242	594 686	547 851	552 886	559 060	621 646	631 165	634 047	638 348 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	431 125	490 915	452 281	455 823	461 417	516 290	524 433	526 533	530 187 <sup>P</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	94 117	103 771	95 570	97 063	97 643	105 356	106 732	107 514	108 161 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	441 415	501 359	463 909	464 368	468 557	517 804	523 054	526 933	530 129 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	203 491	230 284	212 547	213 303	214 985	240 915	243 119	245 002	246 628 <sup>P</sup>
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	131,7	132,9	136,7	136,6	137,0	155,4	153,3	153,5	158,9
		81,5	80,4	79,2	77,8	77,6	79,2	78,7	78,0	78,0
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 152	5 865	8 511	4 182	4 326	3 789	9 429	4 568	5 208
Lohnsteuer	Mill. DM	2 924	3 567	3 065	3 330	3 809	3 366	3 461	3 502	4 639
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 177	3 575	3 408	3 484	3 609	3 700	3 543	3 949	3 737
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 232	2 572	2 430	2 410	2 604	2 644	2 510	2 808	2 754
Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	2 065	2 209	2 181	2 246	2 272	2 516	2 453	2 484	2 473
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	98,6	99,2	100,2	110,6	112,5	113,1 <sup>P</sup>	113,9 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	114,0	113,9	114,0	119,7	120,5	120,2	120,2
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	107,5	112,5	112,7	113,0	113,0	115,6	115,7	116,0	116,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	147,4	162,7	.	.	165,3	174,6	.	.	175,9
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	115,6	124,8	.	.	126,5	126,9	.	.	127,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	130,4	130,4	130,9	130,8	136,5	137,4	138,2	138,2
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	121,8	122,6	123,0	122,1	127,4	129,1	130,3	129,5
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	122,8	122,4	122,7	123,2	129,4	129,7	130,1	130,6
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	173,1	172,9	173,7	174,4	181,9	182,3	183,1	184,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	135,5	133,5	134,3	134,3	140,9	141,0	141,8	143,0
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	120,7	120,1	120,5	119,9	125,8	126,3	125,9	125,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	125,4	125,5	125,8	126,2	132,4	132,6	134,7	134,8
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	150,1	150,2	150,7	151,3	158,7	159,3	160,7	161,5
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	136,4	136,4	136,6	137,3	141,6	141,9	142,4	142,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	126,8	125,7	126,0	128,7	130,7	131,0	131,3	133,8
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	130,4	130,6	131,2	131,1	136,5	137,4	138,5	138,5
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	108,6	.	111,2 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,1	.	112,3 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,9	.	113,0 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	111,3	.	113,4 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,1	.	98,6 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,9	.	99,1 <sup>r</sup>	.	.	.	...	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubodenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).



sich für Junggesellen im Zweig Kraftfahrzeugreparaturen (— 0,6%) und im Bäckerhandwerk (— 0,8%).

Die bezahlte Wochenarbeitszeit verkürzte sich gegenüber November 1971 um 0,4 Stunden (— 0,9%) auf durchschnittlich 44 Stunden. Der Rückgang der Mehrarbeitszeit um 0,2 Stunden dürfte hierzu beigetragen haben. Infolge der drei Mai-Feiertage (im November 1971 nur zwei) lag die geleistete Arbeitszeit mit 37,3 Stunden um 6,3% unter der vom November 1971 (39,8). ku

#### **Lohnanstieg in der Industrie verlangsamt**

Von April bis Juli 1972 erhöhten sich die effektiven durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) im Durchschnitt um 0,13 DM (+ 1,8%) auf 7,22 DM. Für die männlichen Arbeiter verbesserte sich dabei der mittlere Bruttostundenlohn um 0,15 DM auf 7,71 DM, für die Arbeiterinnen um 0,09 DM auf 5,22 DM. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren die prozentualen Veränderungen - + 4% für Arbeiter, + 3,2% für Arbeiterinnen - erheblich höher gewesen. Innerhalb der Leistungsgruppen streuten die Steigerungsquoten zwischen 3,8% (männliche Arbeiter in Gruppe 3) und einer minimalen Veränderung des Stundenverdienstes der Frauen, die in Leistungsgruppe 1 erfaßt wurden (+ 0,2%).

Die Bruttowochenlöhne stiegen bei Arbeiterinnen um 2,4% von 205 auf 210 DM, bei Männern relativ etwas schwächer um 2,1% von 340 auf 347 DM an. Auffallend ist die Zunahmequote von 4,7% in der weiblichen Leistungsgruppe 1 bei einer Veränderung des entsprechenden Stundenverdienstes von nur 0,2%. Im Jahresvergleich der Juli-Monate 1971 und 1972 erhöhten sich die Bruttostundenverdienste um 0,58 DM oder 8,7%. Die Arbeiterinnen schnitten hierbei etwas besser ab (+ 9,4%) als die Männer (+ 8,9%). Die Bruttowochenlöhne stiegen insgesamt um 8,2%.

Die Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden ging im Juli gegenüber April 1972 infolge der sommerlichen Urlaubszeit im Durchschnitt der Gesamtindustrie um rund 4 Stunden zurück (— 10,1%), wobei eine stärkere Verkürzung, nämlich um fast 6 Stunden oder 16,8%, bei den Arbeiterinnen zu beobachten war; für Arbeiter lag die Reduktion im Durchschnitt bei 3,5 Stunden oder 8,8%.

Industriekaufleute hatten im Juli 1972 einen um etwa 2% höheren durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst als im April, technische Angestellte erhielten 2,3% mehr. Für die männlichen kaufmännischen Angestellten verbesserten sich die Gehälter um 34 auf 1 839 DM (+ 1,9%), für die weiblichen um 21 auf 1 197 DM (+ 1,8%). Innerhalb Jahresfrist wurden die Gehälter der kaufmännischen Angestellten um 8,7, die der technischen um 7,4% angehoben. ku

#### **Themen der letzten Hefte**

##### **Heft 11/November 1971**

Wohnbevölkerung am 27. Mai 1970  
Regionales Sozialprodukt 1968  
Branchenstruktur und Standorte der Industrie 1970/71  
Straßennetz am 1. Januar 1971  
Öffentliche Wasserversorgung 1969  
Nachkriegswohnungsbau 1950 - 1970

##### **Heft 12/Dezember 1971**

Rheinland-Pfalz 1971 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung  
Siedlungsstruktur 1939 - 1970  
Frauenarbeit und Betriebsformen 1970  
Einkommensteuerpflichtige 1968

##### **Heft 1/Januar 1972**

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1971  
Bodennutzung 1971  
Schüler und Studenten 1971/72  
Bevölkerungsentwicklung 1970  
Unfallursachen 1970  
Sozialwohnungsbau 1953 - 1970

##### **Heft 2/Februar 1972**

Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 - 1970  
Krankenkassen und Lohnfortzahlungsgesetz  
Öffentliche Abwasserbeseitigung 1969  
Beteiligung am Erwerbsleben 1971  
Löhne und Gehälter der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer 1969  
Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Bundesländern 1970  
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1971

##### **Heft 3/März 1972**

Sozialprodukt 1960 - 1971  
Anbauverhältnisse im Weinbau 1968 - 1971  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971  
Berufsziele der Studierenden 1970/71  
Meldepflichtige Krankheiten 1971  
Verdienste und Arbeitszeiten 1971  
Tiefbauaufträge 1961 - 1970  
Einnahmen und Vermögen der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 - 1970

##### **Heft 4/April 1972**

Bauhauptgewerbe 1971  
Betriebsgrößenstruktur 1970  
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1970  
Nichtwohnbau 1951 - 1970  
Milch, Fleisch und Eier 1971

##### **Heft 5/Mai 1972**

Teilkommunalwahlen am 23. April 1972  
Gesamtwirtschaftliche Struktur 1960 - 1969  
Industrie 1971  
Beschäftigtenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1970  
Sozialhilfeaufwand 1971



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Heft 6/Juni 1972**

Kriegsopferfürsorge 1971  
Tiefbau 1971  
Nutztviehhaltung 1971  
Unternehmensstruktur der gewerblichen Wirtschaft 1970  
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Industrie 1969  
Struktur des Einzelhandels 1968

### **Heft 7/Juli 1972**

Berufs- und Ausbildungspendler 1970  
Berufsbildende Schulen 1971  
Straßenverkehrsunfälle 1971  
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1971  
Öffentliche Jugendhilfe 1971  
Öffentliche Verschuldung 1971

### **Heft 8/August 1972**

Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose 1960 - 1972  
Ernteaussichten für 1972  
Personalkosten im Dienstleistungsgewerbe 1970  
Arbeitsstätten nach Gemeindegrößenklassen 1970  
Struktur des Großhandels 1968

### **Heft 9/September 1972**

Ausbildungsstand der Bevölkerung 1970  
Förderungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe  
Außenhandel 1950 - 1971  
Handelsvermittlung 1968  
Industriestruktur 1967

### **Heft 10/Okttober 1972**

Bodennutzung der Betriebe 1971  
Erwerbstätige und Beschäftigte 1970  
Umsätze der Unternehmen 1970  
Nettoinlandsprodukt 1960 - 1969  
Hochbautätigkeit 1971  
Struktur des Gastgewerbes 1968

### **Themen der folgenden Hefte**

Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung  
Volkszählung 1970  
Arbeitsstättenzählung 1970  
Straßennetz 1971  
Sozialer Wohnungsbau 1971  
Krankenhäuser 1971  
Sozialhilfeempfänger 1971  
Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 1972



**Band 249    DER UMSATZ UND SEINE BESTEUERUNG  
IN RHEINLAND-PFALZ 1970**

Umfang 126 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 7,50

Mit dieser Veröffentlichung wird die Reihe der in zweijährigem Turnus erscheinenden Quellenbände über die Umsatzsteuerstatistik fortgesetzt. Die vorgelegten Ergebnisse 1970 entsprechen in ihrem Aufbau weitgehend den vorangegangenen Erhebungen, d. h. es erfolgt eine Darstellung der Umsätze und des Umsatzsteuer-Vorauszahlungssolls nach Umsatzgrößenklassen sowie in wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung. Gesondert nachgewiesen werden die in die Handwerksrolle eingetragenen Umsatzsteuerpflichtigen ebenso wie die nach § 19 UStG Besteuernden.

Für diejenigen Unternehmen, die sowohl im Erhebungsjahr als auch im Jahr zuvor ganzjährig tätig waren – das waren über vier Fünftel aller erfaßten Steuerpflichtigen – wurden zwecks Darstellung der Umsatzentwicklung auch die Umsätze für 1969 ermittelt.

Der Band enthält neben einem umfangreichen Tabellenteil und textlichen Kommentierungen auch ausführliche methodische Erläuterungen sowie Begriffsbestimmungen einschließlich der Hinweise auf die einschlägigen steuerrechtlichen Bestimmungen.

**Zeichenerklärungen**

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.